

Sagen, was Sache ist. Lesen, was klüger macht.

Begründet 1993

Frohe, friedliche Feiertage zu Hause, im Land, in Europa und weltweit!

informiert
engagiert und
unzensuriert.

's Rote Füchslle



www.spd-ehingen.de



Nr. 215

erscheint monatlich

1. Dezember 2011

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

“Unwissenheit ist Unfreiheit. Wissen ist die Chance zur Freiheit. Deshalb verstehen wir Bildung als Grundrecht, nicht als abgeleitete Größe ökonomischer Zwänge.” (Franz Müntefering zum Roten Fuchslle)

Infoveranstaltung zur Gemeinschaftsschule

Ehingen war wohl leider nicht vertreten

Auf den 26. Oktober hatte die Landesregierung die Vertreter der Städte und Gemeinden im Landkreis zu einer Informationsveranstaltung in den Ulmer Ratskeller geladen. Viele Bürgermeister/-innen und/oder ihre Stellvertreter waren zugegen, durchaus auch aus dem Altkreis Ehingen. Nach unserer Kenntnis nahm niemand von der Ehinger Verwaltungsspitze an der Informationsveranstaltung (siehe Seite 2) teil. Bemerkenswert ist dabei noch, dass Ehingens zweiter Mann im Rathaus, Bürgermeister Sebastian Wolf, neuerdings auch CDU-Mitglied, öffentlich Stimmung gegen die Schulpolitik machte. Es ist ja hoffentlich nicht so, dass man in Ehingens Rathaus so sehr dagegen ist, dass man sich nicht einmal richtig informieren möchte.

's Rote Füchslle berichtet auf den nächsten Seiten exklusiv mit freundlicher Genehmigung von Norbert Zeller über die schon ziemlich konkreten Pläne der Landesregierung zur Schulreform, hier: Gemeinschaftsschule (GMS). Und um es den allzu schwarzen Gegnern jeder Schulreform gleich klar zu sagen: Bürgermeister und Schulen stehen beim Kultusministerium Schlange, um sich in die Liste der Schulen eintragen zu lassen, die möglichst bald Gemeinschaftsschulen werden können. Und die Schlange wächst täglich, auch im schwarzen Oberland. Selbst wenn also die nächste Landtagswahl je wieder eine konservative Regierung zur Folge hätte: Es seien auch so viele CDU-Leute in Kommunen und Schulen an der neuen Schulform interessiert, landauf-landab, dass das Rad künftig kaum mehr zurückgedreht werden könnte, so Norbert Zeller.

Da mögen manche Leute von der CDU noch so dagegen angehen wollen, sie werden den Fortschritt also kaum verhindern können. Deutschland, sagte Norbert Zeller, sei weltweit das einzige Land, in dem Kinder noch nach der 4. Klasse ein- oder aussortiert würden. Ob das hierzulande und damit auch am Ehinger Marktplatz nicht allmählich auch ein Argument sein müsste? ■

Was gibt's diesmal?

- 2 Kontakte
- 5 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum|
- 6 SPD-Berichte aus Berlin
- 7 Eindrücke vom Landesparteitag
- 11 Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments
- 12 Camping, Klos und Kathedralen
- 13 Damals im Dezember
- 15 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 17 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 18 Hans Eichel und seine Rente
- 19 Protokoll Dienstagstreff
- 20 Ein Bürgermeister strebt nach mehr Buchbespr. Alte Wege neu entdeckt
- 21 Einladung 60plus
- 22 abgeschnuddeltes Stofftier
- 23 Flaschenpost auf ungewisse Reise
- 24 Wurschtsalat/Käsbrot: Gespalten?
- 25 aus: Roter Turm (zu S21)
- 28 Termine, Hinweise u. a. ■

Wegen der Abstimmung zu S21 erscheint diese Ausgabe etwas früher als gewohnt. Wir bringen nochmals zwei zusammenfassende Beiträge: Pro und Contra.

Adress-
Aufkleber



EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Fortsetzung von Seite 1

Norbert Zeller, Friedrichshafen, ist von Beruf Sonderschullehrer. Er war 23 Jahre SPD-Landtagsabgeordneter. Seit Amtsantritt der grünroten Landesregierung ist er Leiter der Stabsstelle für Gemeinschaftsschulen, Schulmodelle und Inklusion. Die hier abgebildete PowerPoint-Präsentation war auch Grundlage von Norbert Zellers Vortrag am 25.10. in Ulm (s. Seite 1).

Natürlich hat Norbert Zeller die Darstellungen erläutert und Fragen beantwortet — eine Chance, die sich manche Verwaltungsspitze leider entgehen ließ. Schade!

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten

6. Oktober 2011
Landesweite Einführungsveranstaltung
Forum Ludwigsburg

Norbert Zeller
Leiter der Stabsstelle Gemeinschaftsschulen,
Schulmodelle, Inklusion

Baden-Württemberg

Gemeinschaftsschule – für alle

- Kinder sind unterschiedlich
 - länger gemeinsam lernen
 - voneinander und miteinander lernen
 - menschliche Unterschiede als Bereicherung empfinden
 - Menschen mit Behinderung gehören dazu

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Baden-Württemberg

Folie 2 | Oktober 2011

Gemeinschaftsschule – für alle

- Kinder sind unterschiedlich

GRUNDESETZ

- Art. 2 (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit.
- Art. 3 (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

LANDESVERFASSUNG

- Art. 11 (1) Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung.
- (2) Das öffentliche Schulwesen ist nach diesem Grundsatz zu gestalten.

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Baden-Württemberg

Folie 3 | Oktober 2011

Wie sieht eine Gemeinschaftsschule aus?

Aufbau und Abschlüsse:

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Baden-Württemberg

Folie 4 | Oktober 2011



Die kleinen Flaggen/Wappen auf Seite 1 neben dem EU-Sternenkrans (von links): Deutschland, Baden-Württemberg, Alb-Donau-Kreis, Ehingen/Donau — Griesingen, Öpfingen

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -
Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587

57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47 80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**, Betreuung-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis; Söflinger Straße 145, 89077 Ulm, Fon 0731/3989700, Fax 0731/ 3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de; Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**, Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon 0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67 13, hilde.mattheis@bundestag.de;

Kerstin Krell, Karl Piberhofer, Bettina Schulze (wissenschaftliche Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB, Söflinger Straße 145; 89077 Ulm, Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21, hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Matthias Genchi - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47, 74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22; EGebhardt.MdEP@T-Online.de; www.evelyne-gebhardt.eu ■



Fortsetzung von Seite 2

Wie sieht eine Gemeinschaftsschule aus?

GMS kann folgende Klassen umfassen:

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 11 | Oktober 2011

Wie sieht eine Gemeinschaftsschule aus?

Beispiele für Übergangsmöglichkeiten:

- Nach Klasse 9: Beruf, Berufsfachschulen
- Nach Klasse 10: Beruf, berufliche Gymnasien, allgemeinbildende Gymnasien
- Nach Klasse 13: Beruf, Universitäten

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 6 | Oktober 2011

Bildungsstandards

- alle Bildungsstandards werden angeboten (HS, RS, Gym)
- jedes Kind erreicht den **bestmöglichen Abschluss**
- Entwicklung bleibt für alle Kinder **offen**

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 11 | Oktober 2011

Bildungsplan

- Bildungsplanreform aller allgemein bildenden Schulen bis 2015/16 vorgesehen
- Schnittmenge der Bildungspläne HS/RS/Gym bildet Basisplan für die Gemeinschaftsschule
- Durchlässigkeit des Schulsystems ist gewährleistet
- Jahrgangsstufen 5/6 arbeiten zunächst auf der Grundlage des Bildungsplans RS von 2004

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 6 | Oktober 2011

Antrag auf Gemeinschaftsschule

- Alle weiterführenden allgemein bildenden Schulen können sich zur GMS entwickeln
- Antrag des **Schulträgers** mit Zustimmung der **Schulkonferenz** nach Vorliegen der **gesetzlichen Grundlagen**
- Antrag basiert auf
 - **pädagogischem Konzept**, das konsequent individuelles und kooperatives Lernen der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt stellt
 - **baulichen Voraussetzungen**, die die Umsetzung der GMS ermöglichen
 - **Mindestschülerzahl**

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 9 | Oktober 2011

Zeitplan

Kabinettsbeschluss und parlamentarische Beratungen

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 11 | Oktober 2011

Lehr- und Lernkultur

- **Lerngruppen** statt Klassen
- Maximum an **individuellem** und Optimum an **gemeinsamem Lernen**
- schülerzentriertes, **selbstverantwortliches Lernen**
- zielorientierte **Lehrerinputs**
- Lehrkräfte als **Lernbegleiter**
- **Teamarbeit** von Schülern und Lehrern

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 11 | Oktober 2011

Zusammen leben, lernen, lachen

- Gemeinschaftsschule ist **Ganztagsschule**
- **rhythmisierte Tagesablauf**
- **Netzwerk von Partnern**
 - Sozialarbeit an Schulen
 - Sport, Vereine
 - usw.
- **berufliche Orientierung**
- **Schulbauförderrichtlinien** werden überarbeitet

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Markus Deller

Baden-Württemberg
MINISTERIUM FÜR SCHULE UND KULTUR

Folie 12 | Oktober 2011





Fortsetzung von Seite 3

Leistungsbeurteilung

- ganzheitliche Leistungsmessung nicht nur nach Noten
- Ergänzung durch differenzierte verbale Beurteilungen
- Noten beim Wechsel auf andere Schulen oder in den Abschlussklassen

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Habeck-Würtenburg
www.habeck-wuerttemberg.de

Folie 10 | Oktober 2011

Elternarbeit - Erziehungspartnerschaft

BRUNDESETZ
Art. 6 (2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

- Eltern müssen vom Konzept überzeugt werden
 - verpflichtende Grundschulpflichtung abgeschafft
- Eltern werden vom Konzept überzeugt sein
 - große Chancen für ihre Kinder
- Eltern sind Partner der Gemeinschaftsschule
 - intensiver Informationsaustausch über den Leistungs- und Entwicklungsstand ihrer Kinder

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Habeck-Würtenburg
www.habeck-wuerttemberg.de

Folie 10 | Oktober 2011

Unterstützung für Lehrkräfte

- Begleitung und Fortbildung von Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern
- Vernetzung der Gemeinschaftsschulen untereinander
- kollegiale Beratung

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Habeck-Würtenburg
www.habeck-wuerttemberg.de

Folie 10 | Oktober 2011

Vorteile der Gemeinschaftsschule ...

- ... für Schülerinnen und Schüler
- ... für Eltern
- ... für Lehrerinnen und Lehrer
- ... für Gemeinden und Wirtschaftsbetriebe

Gemeinschaftsschule – Zukunft gestalten
Norbert Zeller

Habeck-Würtenburg
www.habeck-wuerttemberg.de

Folie 10 | Oktober 2011



“Eine leistungsstarke, sozial gerechte Schule: gemeinsam werden wir sie erreichen.”

Damit endete Norbert Zellers Vortrag. Es fragt sich schon, was die Gegner der Gemeinschaftsschule eigentlich daran auszusetzen haben. Wollen sie jeweils das Gegenteil? Das will ich den meisten von ihnen nicht unterstellen. Was also stärkt den Widerstand? Ist es die verlorene Landtagswahl? Ist es der nicht ausgestandene Schulkonflikt mit der eigenen CDU-Wahlkreisabgeordneten, die zugleich Bundesbildungsministerin ist und zuvor auch mal im Land für Schulen zuständig war? Ist es mangelnde Informiertheit bei der CDU, weil man im Wahlkampf bekanntlich auch noch Schulen schützen wollte, die es längst gar nicht mehr gibt und gab? Oder will man — es wäre freilich ein sehr übler Grund! — ganz einfach “die besseren Kreise” am Gymmi unter sich lassen, und die “Unterschicht” soll gefälligst da bleiben, wo sie nach konservativer Meinung womöglich hingehört? Kommt daher die immer noch mit Klauen und Zähnen verteidigte, weltweit einmalige Einsortierung der Kinder?

(Das Foto zeigt Norbert Zeller.)

Was Norbert Zeller noch so beschrieb

- “Hosch deine Hausaufgabe g’macht?” Da Gemeinschaftsschulen immer zugleich auch Ganztageschulen sein werden, wird es diese Frage im abendlichen Familienkreis nicht mehr geben. “Hausaufgaben” werden in der Schule erledigt. Welche Schüler/-innen und welche Familien empfinden dies nicht als Erlösung?
- Sind gute Schulen, die sozial gerecht alle fördern, nicht ein wichtiger Standortfaktor für Kommunen und Wirtschaft?
- Natürlich müssen alle am Schulleben Beteiligten mit Überzeugung hinter dem Konzept stehen. Sonst wird es nix.
- Wir setzen auf die Kraft der Argumente. Natürlich hätte die Landesregierung theoretisch beschließen können, Gemeinschaftsschulen ab sofort, flächendeckend und verpflichtend einzuführen. Aber was wäre dann über das Projekt hereingebrochen? Man denke nur an die Hamburger Abstimmung zur geplanten Schulreform ... LD ■



Liebe Leserinnen und Leser!

Journalisten haben u. a. mit dem Lehrerberuf gemeinsam, dass sie ihr Wissen laufend erweitern, es möglichst aktuell halten und weitergeben. In beiden Fällen lebt man auch davon. Und noch eine Gemeinsamkeit, freilich beim Lehrerberuf logischerweise vielfach stärker ausgeprägt als bei Medienmachern: Sie wollen ihre Zielgruppe informieren, aber damit auch (zum Guten) beeinflussen, verändern, erziehen. Bei Lehrern ist dies ein Muss - bei engagierten Journalisten eine Herausforderung, der sie mit einer gewissen Zurückhaltung nachkommen müssen. Bei mir - Verzeihung - mischt oder adiert sich beides. 's Rote Füchsele will informieren, aber natürlich so, dass sich in Köpfen und Herzen der Leserschaft auch möglichst immer wieder etwas tut - idealerweise.

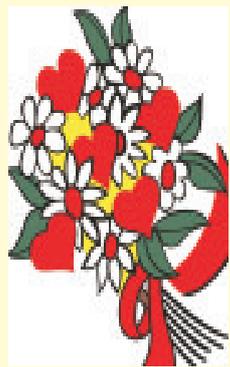
So berichte ich in dieser Ausgabe über den SPD-Landesparteitag in Offenburg aus einem bestimmten Blickwinkel heraus und konnte auch neue Kontakte knüpfen. Vielleicht durchströmt ja den einen oder anderen aus der Leserschaft dabei so ein heimliches Sympathiegefühl, etwa so wie "s isch halt doch mei alte Tante SPD, au wenn se me oft gnua ergeret odr mir Sorga macht." Ja, ich geb's zu, die Berichterstattung über Offenburg soll die Bindung an die

SPD stärken oder, bei Nichtmitgliedern, wenigstens etwas an Verständnis und Sympathie schaffen. Man hat ja hierzulande schließlich noch Zeiten erlebt, da man als Sozialdemokrat zuweilen als linksextremer moskau-gesteuerter Dreiviertelskommunist höchst misstrauisch beäugt wurde ...

Wie ich an anderer Stelle schreibe, blieb ich ein paar Tage länger im Badnerland. Der Campingplatz in Kehl, gegenüber von Strasbourg/Straßburg, hatte im Spätherbst noch geöffnet. An der Rezeption wird dem Ankommen auch gleich eine Stadtmarketing-Broschüre der Stadt Kehl (35.000 Ew.) überreicht. In einer freien Minute blättert man darin, und alsbald entdeckt man etwas, das man seinen Füchseles-Leserinnen und -lesern nicht vorenthalten möchte. (Hintergedanken: Es schadet ja nicht, wenn man über den eigenen Tellerrand hinausschaut und sieht, wie man es anderswo macht ...) In Kehl (samt einigen Teilorten) gibt es zehn Apotheken. Dabei sind als Besonderheiten aufgeführt: Kundenparkplätze (3), Parkgebührenerstattung (2), Kundentoilette (1), separater Beratungsraum (1), Busgebührenerstattung (2), behindertengerechter Eingang (1), Kräutergarten (1). Man muss das Rad ja nicht neu erfinden, um was zu verbessern - auch nicht hierzulande. Die näher beschriebenen Kehler Apotheken sind nur ein Beispiel. Andere dortige Geschäfte werben mit durchaus ähnlichen Vorzügen ...

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre



Geburtstage			Mitgliedschafts-Jubiläen			
geboren am			wird	Eintrittsjahr		Jahre
10.	12.	Helmar Hübner	50	1969	Walter Böttle	42
15.	12.	Hugo Klotz	76	1974	Willi Beck	37
11.	12.	Willi Beck	74			
7.	12.	Adelheid Widmann	71			

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen.

Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet — natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchsele wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchsele, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechsle@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■

Wer keine Veröffentlichung seiner Daten wünscht, möge dies rechtzeitig vor Redaktionsschluss mitteilen.





WILLY-BRANDT-HAUS/BE

SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.

Die Auswahl besorgte die Redaktion.

Unter dem Titel "Anarchie oder Freiheit" diskutierten Hilde Mattheis und Mathias Richel über das Thema Vorratsdatenspeicherung

Auf Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Landesvorsitzenden Hilde Mattheis ist Mathias Richel, Mitglied im Gesprächskreis "Netzpolitik und Digitale Gesellschaft" des SPD-Parteivorstands, am Freitag den 21. Oktober 2011 in die Donaustadt gekommen.

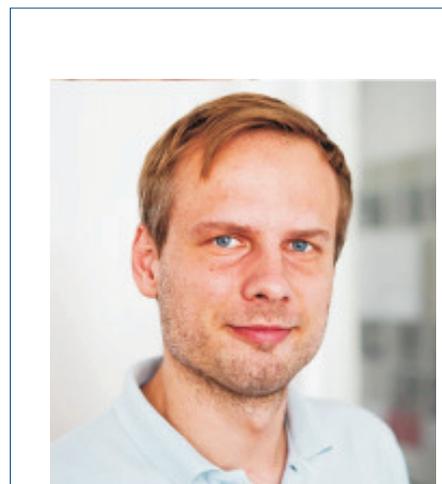
Thema der zweistündigen Diskussionsveranstaltung waren die Herausforderungen moderner Netzpolitik mit dem thematischen Schwerpunkt der Vorratsdatenspeicherung. Nach einer Einführung in das Thema verdeutlichte Richel, die Schwierigkeiten, die mit der Vorratsdatenspeicherung verbunden sind, und die Lösungsvorschläge, die im politischen Dialog momentan diskutiert werden.

Der Grundkonflikt besteht darin, dass die europäische Union die Vorratsdatenspeicherung von den Mitglieds-

staaten verlangt, diese aber das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung verletzt. Das Bundesverfassungsgericht betonte dieses Grundrecht in seinem Urteil aus dem Jahr 2010, in dem die deutschen Regelungen als verfassungswidrig eingestuft wurden. "Das Thema ist von besonderer Relevanz, da es die Kommunikation aller Bürger betrifft und die Bevölkerung eines ganzen Landes unter Generalverdacht gestellt wird", so Mathias Richel.

Da nun neue Regelungen getroffen werden müssen, um den Anforderungen der EU zu entsprechen, wurde die aktuelle politische Diskussion dargestellt. Des Weiteren wurde auf Tendenzen aus anderen europäischen Ländern eingegangen. Besonders interessant ist, dass Irland eine Klage beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte anstrebt, da nach der Auffassung des "High Court" (vergleichbar mit dem deutschen Bundesverfassungsgericht) in der Vorratsdatenspeicherung eine

Verletzung der europäischen Konvention für Menschenrechte vorliegt. Hilde Mattheis betonte: "Es ist wichtig, einen intensiven Dialog zu führen, damit eine Lösung erzielt wird, in der die Bürgerrechte geschützt werden. Im Ergebnis muss ein Gesetz stehen, welches die Verhütung von Internetkriminalität erlaubt, aber die informationellen Selbstbestimmungsrechte der Bürger nicht verletzt".



Mathias Richel
(Foto: Büro Mattheis)

(L)eserpost I

Lieber Ludwig,

mit deinem Artikel über Europa ("Sind wir etwa Europa-müde?"; Nov. 2011, Seite 8) sprichst du mir wirklich aus dem Herzen. Liebe Grüße,
Evelyne

Evelyne Gebhardt MdEP
Künzelsau



Offenburg, 14./15. Oktober

Eindrücke vom Landesparteitag

Ludwig Dorner

Gibt's nichts Spannenderes, als über einen SPD-Landesparteitag (LPT) zu berichten? Und dann auch noch deutlich hinterher? 's Rote Fuchsle kann erst im Dezember darüber berichten, weil die Novemberausgabe bereits druckfertig war, als ich mich auf nach Offenburg machte. Und, ich geb's ja gerne zu, ich war mit dem Wohnwagen unterwegs und hab noch ein paar meist sonnige Tage auf dem nächstgelegenen Campingplatz im benachbarten Kehl genossen.

Wer auf dem LPT neu oder wieder gewählt wurde, das wissen wir schon längst. Auch, dass die Parteireform "durch" ist, und dass sich die SPD an keinen Initiativen für oder gegen S21 beteiligen wollte, dürfte ebenfalls bekannt sein.

Delegierte aus dem Alb-Donau-Kreis: Stephanie Bernickel (Ehingen), Jürgen Haas (Schelklingen) und Lisa Späth (Dornstadt)

Ich war kein Delegierter, sondern wurde als Macher des Roten Fuchsles, also als Pressevertreter, eingeladen. Vor einigen Jahren haben sich 's Rote Fuchsle und die Schwesterzeitschrift Roter Seehas bitter beklagt, dass sie bei einem früheren LPT nicht mal in den Saal durften und sich draußen im Foyer mit einem Katzentisch begnügen mussten.

Der damalige Landesvorstand gelobte zerknirscht Besserung, und siehe da - es tat sich was.

"Zwang"

Ich war also moralisch schier gezwungen, mich auf den Weg über den buckligen

Schwarzwald zu machen. Ich hab es aber nicht bereut und bin immer noch dankbar für die Gelegenheit.

Zugeguckt (ein wenig)

Und so saß ich, zugegeben recht beengt, zwischen zwei hauptberuflichen Journalisten und konnte am Freitag aus den Augenwinkeln ein wenig mitverfolgen, wie ihre Samstags-Zeitungsseite entstand. Sie hatten natürlich alle ihre schicken Tablets dabei, also tragbare Computerle, die rundum kleiner als eine Schachtel Pralinen sind. Daher ließ ich mein klobiges 17-Zöller-Notebook lieber beiseite. Ich hätte unfair viel Tischfläche beanspruchen müssen.

Aber nicht ohne Technik

Für Notizen habe ich mein Handy verwendet - für Stichworte und Anmerkungen reicht's, und außerdem habe ich fleißig fotografiert. Ich bin dabei freilich nicht hundertmal durch den großen Saal gesprungen wie manche Profifotografen. Die hatten gleich mehrere Spiegelreflexkameras umhängen, meist mit fast

halbmeterlangen, sauschweren und -teuren Teleobjektiven bestückt. Warum sie dann immer nach vorne rannten, um ein Bild zu machen, blieb mir ein Rätsel - bei diesen Teles ... Ob diese so eine Art Symbol für ihre Professionalität sein sollen? Es musste ja auch immer eine Nikon-Kamera sein - Statussymbol?

Mann, wo bleiben deine Fotos?

Ein derart behängter Profi trug auf seinem T-Shirt seine eigene Internetadresse. Ich hab mich schlau gemacht - dem Smarthphone-Handy sei Dank: Der hat eine eigene Bilderagentur. Man kann seine Fotos zu Hunderten auf seiner Website betrachten, aber es waren ausschließlich Sportfotos. Was tat der Mann auf dem SPD-LPT? Er hat auf seiner Website sogar eine eigene Seite über "die letzten 24 Stunden" seines Tuns. Der LPT hatte am Freitag begonnen, der Mann hatte eifrig den Eindruck erweckt, er mache fortweg Bilder, aber auch am Samstag war kein einziges davon auf seiner Website zu sehen. Dafür mussten die Leute unentwegt über seinen koffer-





Fortsetzung von Seite 7

großen Transportbehälter steigen, in denen er seine Nikons alle angeschleppt hatte.

„Schreibst du für den Ortsverein?“

Am zweiten Tag zwängte ich mich nicht mehr zwischen die Presseleute, sondern fand mich eine Stuhlreihe weiter hinten bei den Kollegen vom Roten Seehas ein. Es ist halt netter, wenn man schon jemand kennt. Rechts neben mir saß einer, der immer wieder etwas auf seinem Laptop mitschrieb. Ich fragte ihn, ob er für seinen Ortsverein schreibe. Nein, sagte er mir, er sei gar nicht in der SPD und nur als stiller Gast hier. (Das geht also ebenfalls!) Er habe zwar früher schon mal mit uns geliebäugelt, sei dann aber aktiv bei der ÖDP gewesen und habe dort sogar auf Kreis-ebene Ämter bekleidet. Aber nun habe er erkannt, dass dies auf Dauer doch nicht seine Partei sein könne. Er interessiere sich für die „Christen in der SPD“. Gibt es also auch ...

Ins Innere schauen

Der Platznachbar meinte: Auf Parteitag kann man ins Innere von Parteien schauen. Womit beschäftigen sie sich? Wie gehen die Mitglieder miteinander um? Wie diskutieren, beraten und entscheiden sie? Wie finden sie Lösungen und Kompromisse?

Der Mann wusste: Bei der CDU würde alles nach außen einheitlich und harmonisch vorgespielt, und die Fetzen flögen nur da, wo keine Öffentlichkeit bestünde.

Mein Platznachbar war, um es abschließend zu sagen, von der Parteitagkultur der SPD offensichtlich angetan.

Geirrt!

Im Programm des LPTs stand, dass das Ende gegen 16.30 vorgesehen sei. „Noch wird's achte!“, weissagte mir unsere Ortsvereinsvorsitzende. Die Tagungsleitung hier und die Delegierten da haben das Wahl- und vor allem das Abstimmungsmarathon mit großer Ernsthaftigkeit und Disziplin gemeistert. Es waren immerhin bald 90 Anträge und zahlreiche Anträge zur Änderung von Anträgen abzuhandeln. Mit 15 Minuten „Verspätung“ ging der LPT zu Ende: 16.45 Uhr. Hano!

Die Musik spielt nicht nur im Saal

Das Foyer „vordussa“ spielt eine ganz große Rolle. Ich zähle in Stichworten auf:

- Man trifft Leute wieder, die man von früher kennt, und begrüßt sich herzlich.
- Man lernt neue Leute kennen, zum Beispiel, weil sie an einem Infostand stehen, sich für etwas engagieren, und der Fuchslesmacher denkt, da könnte auch was für sein Blatt rausspringen. Zum Beispiel erfahren, dass sich europäische, d. h. grenzüberschreitende Begegnungen junger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten organisieren.
- Man kann einen Happen essen oder einen Espresso trinken und kommt zufällig neben Leute zu sitzen, die man gar nicht persönlich kennt. Doch dann stellt sich im Gespräch heraus, dass da ein ehemaliger MdB vor Eifer geradezu glüht, europäische Jugendinitiativen ehranamtlich, doch mit größtem Engagement zu fördern und zu stützen. Die Seehas-Mannen spitzen da sogleich die Ohren und

meinen, man müsste die Ostschweizer und die Vorarlberger in solche Initiativen mit einzubinden versuchen.

- Karl-Heinz König (Roter Seehas) verspricht, dem Roten Fuchsle einen Schweizer Sozi zu vermitteln, der über die in der Schweiz andere Art von Schulträgerschaft informieren soll. Immerhin nicht uninteressant, nachdem in Sachen Schulreform ja auch bei uns die Schulträger (Kommunen) noch mehr als bisher gefordert sein werden: Kommt zum Beispiel auch in Ehingen bald eine Gemeinschaftsschule?

Promis gucken

Und man sieht beim LPT die eigenen Promis mal live ganz aus der Nähe, wie sie eine Suppe löffeln oder an einer Bockwurst runterbeißen. An Nils Schmid konnte ich - besorgt - beobachten, wie sehr so ein LPT (und vielleicht die Wochen und Monate zuvor) einem Menschen auch zusetzen können. Er strich sich im Gespräch mit jemand unablässig fahrig durchs Gesicht und zupfte die Haare. Der arme Kerl muss ganz schön nervös sein. Hoffentlich tat ihm das LPT-Wahlergebnis, das ihn im Amt bestätigte, gut.

Man kann übrigens auch Hilde Mattheis zu ihrem hervorragenden Wahlergebnis als stellv. Landesvorsitzende gratulieren.

Fazit

Wer Sportveranstaltungen schon live miterlebt hat, kennt den Unterschied zwischen dem Erlebnis vor Ort und der Fernsehübertragung.

Und so ist es auch mit einem SPD-Landesparteitag: Man taucht in seine alte Tante SPD mal richtig tief ein ... ■





Fortsetzung von Seite 8



Abb. oben (von links): Über Großbildschirm war alles gut zu verfolgen - zweimal: Blick in den Saal



Abb. oben (von links): Tagungsleitung (gut gemacht!) - Dr. Nils Schmid spricht - der gesam(mel)te Landesvorstand



Abb. oben (von links): Tagungshelfer/-innen vom Kreisverband Ortenau - austeilten - viele Stimmzettel - Hilde Mattheis MdB



Abb. oben (von links): Bildübertragung im Saal - im Foyer Leute treffen - auch Evelyne Gebhardt MdEP trifft Leute

Dritte Bildreihe von oben, drittes Bild von links: Wieder schlau gemacht! Jede/r Delegierte erhielt zu Beginn ein Blatt voller beschrifteter Etiketten; diese enthielten Nummern und mussten auf den jeweiligen Stimmzettel geklebt werden. (Eventuell notwendig werdende Stichwahlen waren vorab einkalkuliert.) Ein Tipp dazu: akt. Aufklebernummer auf Beamer legen.





■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 9

Ein paar Zitate vom Landesparteitag

(gesammelt vom Fuchslesmacher)

Nils Schmid:

- Es lohnt sich, für Europa zu kämpfen.
- Wir brauchen weniger Lehman Brothers und mehr Robert Boschs.
- SchwarzGelb hat seine Chance gehabt und vertan.
- Wir haben einen Verfassungsbruch auch einen Verfassungsbruch genannt. (Zum EnBW-Rückkauf)
- Wir als Politik sollten den Menschen nicht vorschreiben wollen, wie sie zu leben haben.
- Ich arbeite mit Winfried Kretschmann gut zusammen.
- Wenn wir in Baden-Würt-

temberg mit den Grünen gut zusammenarbeiten, ist das ein Signal für ganz Deutschland.

Karl-Ulrich Tempel
Landesschatzmeister ("Kassier")

- Wir haben in den letzten 20 Jahren 42 Prozent unserer Mitglieder verloren (vielfach durch Tod).
- 50% unserer Mitglieder sind über 60 Jahre alt. (Da kann man sich was ausrechnen.)
- Ich bedanke mich auch bei den hunderten Kassiererinnen und Kassierern im Land.

Hilde Mattheis MdB

stellv. Landesvorsitzende

- Wir sind die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

Katja Mast
neue Generalsekretärin

- Die nächste Landesregierung muss RotGrün und nicht Grün-Rot heißen.

Ein Genosse aus Konstanz und ein Genosse aus Kehl (unabhängig voneinander)

- "Natürlich kenne ich 's Rote Füchse." (Beim Kehler ist es auf welchen Wegen immer sogar als gedruckte Ausgabe gelandet ...)

Mensch, lauft dees guat naa ... ■

Und hier noch ein paar wenige Tipps für künftige Landesparteitage

(Selbst vom Fuchslesmacher so empfunden und aufgeschrieben, damit "die im Saal" noch besser mitkommen können ...)

- Die Namen aller Rednerinnen und Redner, also Antragssteller, Diskussionsteilnehmer (m/w), Mitglieder der Antragskommission usw. jeweils aktuell über Beamer einblenden. Lautsprecheransagen sind doch leider zu schnell vorbei.
- Wie es sogar mal zur Sprache kam: Nummer/Kennwort/Kurzfassung des jeweils aktuell behandelten Antrags über Beamer einblenden - damit klar ist, worüber gerade diskutiert und abgestimmt wird. Ich kann mir vorstellen, wenn man einen ganzen Tag in der Diskussions- und Abstimmungsmaschinerie drin ist, dass da die Konzentration vielleicht auch mal kurzzeitig nachlässt und es einem auch entgeht, wenn jemand von der Parteileitung die Antrags-

nummer genau einmal übers Saalmikro durchgibt.

- Wenn Zweifel bestehen, ob die Ja- oder die Nein-Stimmen die Mehrheit darstellten, warum kein Hammelsprung? Statt (teils mehrfachen) Zählens durch die Wahlkommissionen. Da manche Delegierte auch mal unterwegs sind, könnten sie (unbeabsichtigt) einmal nicht und einmal doppelt gezählt werden. Hammelsprung ginge möglicherweise schneller - und eindeutiger, und es käme in jeder Beziehung etwas Bewegung rein.
- Vielleicht gibt es ja einen Grund: Mir fiel halt auf, dass in den zehn Wahlkommissionen kein einziges Mitglied aus dem gesamten Raum zwischen Alb und Bodensee war.

Nachbemerkung

- Da ich ja lange zwischen den Presseleuten saß, bekam ich gut mit, wie sie sich immer wieder gegenseitig fragen mussten: "Wer war das jetzt?" oder "Wie genau schreibt man den Namen?" oder "Welcher Antrag ist das jetzt gerade?" - Schließlich entstehen daraus regionale und überregionale Presseberichte. (Tipp: Beamer!)
- Kein Geheimnis: Selbst ein bereits gutes Parteitage-management kann also da und dort noch ein kleines bisschen besser werden.
- Ansonsten aber nochmals: Gut gemacht, gut geplant, gut vorbereitet und gut durchgeführt! Also auch jetzt schon: Großes Lob! ■



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf

"Mehr Mobilität in Europa mit Berufsausweis"

Initiativbericht fordert engere Zusammenarbeit
zwischen europäischen Mitgliedstaaten

"Berufliche Mobilität ist ein Schlüsselement des europäischen Binnenmarkts. Aber insbesondere bürokratische Hürden schrecken viele EU- Bürger und -Bürgerinnen vor einer grenzüberschreitenden Ausübung ihrer Tätigkeit ab. Die Verfahren zur Anerkennung von Berufsqualifikationen müssen daher einfacher und schneller sein. Die Einführung eines Berufsausweises wäre hierbei ein nächster Schritt in die richtige Richtung", betont die SPD-Verbraucherschutzexpertin und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Evelyne Gebhardt.

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments wird am heutigen Montag (24.10.2011) in einem Initiativbericht die EU-Kommission dazu auffordern, im Rahmen einer sorgfältigen Folgenabschätzung den Nutzen eines Berufsausweises zu prüfen. "Der Berufsausweis führt zu einer Vereinfachung der Anerkennungsverfahren und der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, sein individuelles Recht auf Arbeit überall in der EU ausüben zu dürfen.

Gerade Stellen mit hohen Qualifikationsanforderungen könnten durch mehr Mobilität in Europa besser besetzt werden", so die SPD-Politikerin Evelyne Gebhardt.

"Natürlich müssen spezifische Sicherheits- und Datenschutzbestimmungen gewährleistet und besondere Rücksicht auf die Berufe im Gesundheitswesen genommen werden", fordert Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von

Berufsqualifikationen gelten in der Europäischen Union bereits die automatische Berufsankennung auf der Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen in den Bereichen Handwerk, Gesundheit, Architektur, Industrie und Handel. Im März 2010 leitete die Kommission eine Bewertung der Richtlinie ein, im Juni 2011 wurde schließlich ein Grünbuch veröffentlicht. Ein Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie ist für Ende 2011 geplant.

Für weitere Informationen: Büro Evelyne Gebhardt +32 2 28 47466 und Algara Stenzel (Presseprecherin) +32 2 28 41779.





Die Nachbarn besser kennen - am Beispiel des Friedhofs auf der Insel Noirmoutier (Teil 3)

Camping, Klos und Kathedralen

Ludwig Dorner

Das Thema hätte im November besser gepasst - zugegeben. Aber da ging es im Fuchsele leider nicht mehr. Beim Thema Friedhof will ich mich im wesentlichen auf unsere Fotos beschränken und nur auf einige wenige Dinge vorab hinweisen. Zum einen fiel uns schon lange auf, dass in Frankreich viele Gräber nicht nach einer bestimmten Frist aufgehoben werden. Ob das überall so ist, wissen wir zwar nicht, sahen es aber oft. Wie übrigens auch in Irland und Großbritannien zu beobachten, lässt man die Gräber oft einfach so, wie sie sich im Laufe von Jahrzehnten und teils auch Jahrhunderten von selbst verändern. Im Foto zeigen wir zum Beispiel das Grab einer Frau, die 1905 verstarb. Was uns ebenfalls immer auffällt: Die Gräber werden nie ähnlich wie ein Blumenbeet gärtnerisch angelegt. Sie sind immer irgendwie mit Kies oder Steinplatten bedeckt. Die wenigen Blumen sind lange haltbar, entweder aus Plastik (!) oder aus Porzellan gefertigt. ■

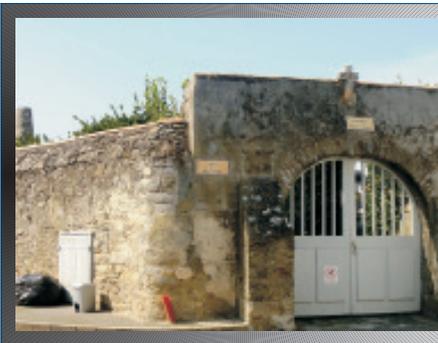


Abb. oben (von links): Eingangstür - Übersicht - Die kleine Roselyne verstarb 1960, neun Tage alt (alle Fotos: LD, 2011)



Abb. oben (von links): Vielleicht echte Blumen (seltene Ausnahme!) - Gedenkplatten/künstl. Blumen - Steinkreuze



Abb. oben (von links): Mal Kies, mal Steinplatte - Sie starb 1905 - Gedenk-Steinplatte: "Ich schick dir ein letztes SMS" ('texto').



Damals im Dezember

Gerhard Tessin

Vor 80 Jahren (1931): Eiserne Front

Mit der Bildung der "Harzburger Front" im Oktober hatte sich die nationale Rechte formiert mit dem Ziel, die Weimarer Demokratie zu beseitigen. Das Bündnis bestand aus NSDAP, DNVP, Stahlhelm*, Vaterländischen Verbänden und auch Großindustriellen. Gleichzeitig kämpfte die Regierung Brüning mit Notverordnungen gegen die Wirtschaftskrise. Die Radikalisierung auf der Straße, vor allem durch nationalsozialistische Schlägertrupps, nahm zu. Der KPD-Vorsitzende Thälmann, dessen Verbände ("Roter Frontkämpferbund") auch keine Waisenknaben waren, forderte die SPD zur Bildung einer roten Einheitsfront auf, was diese aber ablehnte. Stattdessen gründeten sozialdemokratisch orientierte Verbände am 16.12. die "Eiserne Front", ein Bündnis zur Verteidigung der Republik und gegen die Gewalttaten von SA und "Stahlhelm". Hier fanden sich die SPD, das "Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold", Freie Gewerkschaften, Arbeitersportler und andere republiktreue Verbände zusammen.

* Info:

- Stahlhelm (Bund der Frontsoldaten): Paramilitärischer

Verband, gegründet 1918. Deutschnational und republikfeindlich. 1933 in die SA eingegliedert.

- Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: Gegründet 1924 als überparteiliches Bündnis zum Schutz der Demokratie und der Republik. Dessen Mitglieder rekrutierten sich hauptsächlich aus SPD und Gewerkschaften, kamen aber auch aus dem Zentrum und der DDP. Mit anfangs 700 000 Mitgliedern ein demokratisches Massenreservoir - letztendlich aber doch zu schwach.
- Roter Frontkämpferbund (RFB): 1924 von der KPD gegründete Wehrorganisation nicht etwa zum Schutz der Republik, sondern eher zu deren Ersetzung durch eine Räterepublik gedacht. 1929 nach 1. Mai-Krawallen verboten, später als "Kampfbund gegen den Faschismus" aktiv.

Vor 65 Jahren (1946): Artur Crispian gestorben

(Nachtrag vom November)

Artur Crispian gehört zu den eher weniger bekannten Politikern der Weimarer Republik. Gleichwohl war er einer der fähigsten und führenden Köpfe der Sozialdemokratie in jener Zeit. Und er gehörte zu den zahlreichen Genossen/Innen, die

aus kriegsoppositionellen Gründen die Partei verließen (vorübergehend) und den Weg in die USPD gingen.

Der 1875 im ostpreußischen Königsberg geborene Crispian entstammte einer kinderreichen Arbeiterfamilie. Nach einer Malerlehre und Eintritt in die SPD schlug er die Journalistenlaufbahn ein. Anfang des 20. Jh. war er SPD-Sekretär für Westpreußen, 1912 ging er zur Redaktion der SPD-nahen Zeitung "Schwäbische Tagwacht" nach Stuttgart. Der überzeugte Pazifist verlor Ende 1914 seinen Redakteurposten, weil er gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD protestierte. So war es nur logisch, dass Crispian nach innerparteilicher Opposition zur USPD wechselte, für die er 1918/19 der württembergischen Revolutionsregierung als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident angehörte. Neben Hugo Haase wurde er 1919 Vorsitzender der USPD. In Moskau hatte er dann 1920 bei Verhandlungen über den Anschluss der Partei an die Kommunistische Internationale den Bolschewismus kennen gelernt und wurde zum entschiedenen Gegner desselben. Deshalb lehnte er die Verschmelzung mit der KPD (Herbst 1920) ab. Er blieb in der Rest-USPD als einer der Vorsitzenden, bis diese sich 1922 mit der SPD wiedervereinigte. In seiner alten Partei wurde Crispian dann einer von drei gleichberechtigten





■■■ Fortsetzung von Seite 13

Vorsitzenden. In der Reichstagsfraktion gehörte er dem Vorstand an und im Exekutivkomitee der Sozialistischen Internationalen vertrat er die SPD.

Als einer der von der nationalen Rechten meistgehassten Politiker war Crispian nach der Machtübernahme der Nazis in großer Gefahr. Er emigrierte im März 1933 zuerst nach Österreich und dann in die Schweiz. Von hier aus arbeitete er für den Prager Exilvorstand der SPD und organisierte Hilfsaktionen für Verfolgte des Nationalsozialismus. Nach dem Krieg blieb er in der Schweiz. Er starb am 29.11.1946 in Bern.

Vor 40 Jahren (1971): Transitabkommen

Das Rahmenabkommen der vier Mächte vom September hatte den Weg geebnet für innerdeutsche Verhandlungen über den Transitverkehr von und nach Berlin und über Erleichterungen im Besucherverkehr der geteilten Stadt. Das "Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern

zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West)", ausgehandelt und paraphiert von den Staatssekretären Egon Bahr und Michael Kohl, wurde in Bonn am 17.12. unterzeichnet. Es war das erste deutsch-deutsche Abkommen auf Regierungsebene. Die DDR verpflichtete sich, künftig den Transitverkehr nicht mehr zu behindern. Die schikanösen Einzelkontrollen der Fahrzeuge und des Gepäcks und damit stundenlange Wartezeiten entfielen bis auf begründete Einzelfälle. Die Reisenden von und nach Westberlin bekamen nach Vorlage des Reisepasses (BRD-Bürger) oder Personalausweises (Westberliner) ein Transitvisum ausgestellt. Die vorgeschriebene Strecke durfte nicht verlassen werden. Bahnreisenden wurde das Visum auch im rollenden Zug erteilt.

Die Transitgebühren, von den Reisenden bisher einzeln kassiert, wurden künftig von der Bundesrepublik pauschal bezahlt. Der Warenverkehr erfolgte durch verplombte Transportmittel. Die vier Mächte stimmten den Verhandlungsergebnissen zu. Somit konnte das von ihnen ausgehandelte

Berlin-Abkommen Rechtskraft erlangen.

Vor 30 Jahren (1981): DDR-Besuch

Aus politischen Gründen (Nachrüstungsstreit, Ereignisse in Polen) war der Besuch zweimal verschoben worden. Nun reiste Bundeskanzler Schmidt für drei Tage in die DDR. Er traf sich mehrere Male zu Gesprächen mit Erich Honecker. Schmidt sagte zu, den Überziehungskredit im innerdeutschen Handel ("Swing") bis Mitte nächsten Jahres zu verlängern. Dafür stimmte die DDR Erleichterungen im Reiseverkehr zu. Auf seiner Rückreise mit dem Zug machte Schmidt im mecklenburgischen Güstrow Halt, um die Ernst-Barlach-Gedenkstätte zu besuchen. Ein Rundgang über den spärlichen Weihnachtsmarkt schloss sich an. Zu Kontakten mit normalen DDR-Bürgern kam es nicht, weil die Innenstadt von den Sicherheitskräften vollständig abgeriegelt wurde. An den Straßenrändern standen fast nur Volkspolizisten, Stasileute und ausgesuchte Parteifunktionäre. Vollends gespenstisch wirkte die Szenerie dann, als auch noch einige "Erich, Erich"-Rufe ertönten. Honecker verabschiedete den Kanzler am Bahnsteig. ■

Stephanie Bernickel war Delegierte auf dem Landesparteitag in Offenburg und meint dazu:

"Müsste ich den Parteitag in drei Worten zusammenfassen, würde ich dies folgendermaßen tun:

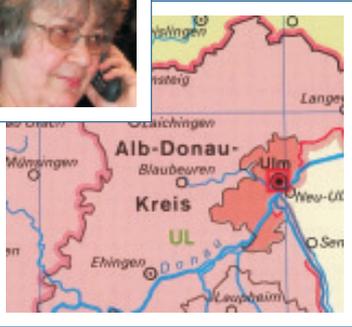
Live, Austausch und Stau! Live, weil man als Delegierter auf so einem Parteitag Politik aktiv mitgestalten kann und nicht nur die Neuigkeiten aus den Medien erfährt. Austausch, weil am Rande viele Gespräche mit Genossinnen und Genossen aus ganz Baden-Württemberg stattfinden. Und Stau, weil sowohl unsere Hin- und Rückfahrt nach Offenburg als auch der Weg nach Hause eine einzige Katastrophe der Straßenverhältnisse waren."

Weiter schreibt sie:

"Im Vergleich zu den jährlichen Landesdelegiertenkonferenzen der Jusos muss man sagen, dass die Diskussionskultur deutlich weniger hitzig zu sein scheint. (Ob es am fortgeschrittenen Alter der Delegierten liegt, möchte ich jetzt nicht näher erläutern :-).)" ■



Klara Dörner



Notizen aus der Kreistagsarbeit

Kreistagebuch Oktober 2011

Nach längerer Pause möchte ich mich heute mal wieder melden; sonst könnte man meinen, ich ginge gar nicht mehr zu den Kreistagssitzungen. Dem ist natürlich nicht so, sondern entweder war keine Sitzung oder es wurden Dinge beraten, die nicht öffentlich waren. Inzwischen hat sich dennoch Einiges angesammelt.

**OEW-Informationsveranstaltung
(17. 10. 2011) in Ehingen**

Diese Veranstaltung war zwar nicht öffentlich, aber trotzdem möchte ich einige Anmerkungen machen, die mit den dort aufgezeigten Inhalten nichts zu tun haben und insofern keinen Geheimnisverrat darstellen.

Es ist gut, dass es die OEW als Zweckverband gibt und somit ein Teil der Energieversorgung nicht ganz in private Hände gelangen kann. Die Versorgung der Menschen mit Energie gehört in meinen Augen zur Daseinsvorsorge und ist somit originäre Aufgabe der Öffentlichen Hände. Allerdings stellt sich mir die Frage, ob es eine glückliche Entscheidung war, die jeweiligen Landräte der Mitgliederlandkreise im Zweckverband als Aufsichtsratsmitglieder zu entsenden? Da fällt es sicher manchem Landrat schwer, Entscheidungen mitzutragen, von deren Auswirkungen der jeweilige Landkreis dann

schmerzhaft betroffen ist.

Es ist schade, dass in den letzten Jahren die Zeit nicht intensiver genutzt wurde, um die Energiepolitik in eine Richtung zu schieben, die die Landkreise unabhängiger von der einseitigen Atompolitik gemacht hätte. Glaubten die Vertreter nicht so ganz an den vereinbarten Atomausstieg? Welchen Lobbyisten haben sie da nachgegeben und zu welchem Preis? (Ich denke dabei nicht an Geld!)

Weshalb gibt es immer nur dann eine Verbandsversammlung für die Kreisträte, wenn die OEW Geld geben soll? Weshalb wird nicht, wie über vieles andere auch (Schulen, Krankenhaus GmbH, Arbeitsmarkt ...) regelmäßig über die Arbeit und die Entwicklung der OEW berichtet? Wir hören nur etwas über die OEW, wenn wir über den Anteil der Ausschüttung informiert werden oder eine kulturelle Veranstaltung gesponsert wird. Das ist zwar schön, aber es genügt eben nicht.

War die Zusage, der EnBW Geld zu geben, wirklich schon zu diesem Zeitpunkt und mit dieser Eile notwendig oder wollte da etwa mancher, der neuen Landesregierung nicht unbedingt wohl gesonnener Entscheider, die Landesregierung unter Druck setzen oder gar vorführen? Ganz wohl war mir bei der Sache nicht.

Sitzungen vom 24.10.

**a) Ausschuss für Bildung, Gesundheit,
Kultur und Soziales**

Im Tätigkeitsbericht der Hector-Kinderakademie durch Frau Schulrätin Goller wurde deutlich, dass auch im Alb-Donau-Kreis zusätzliche freiwillige Angebote zur Förderung besonders befähigter Grundschulkindern dringend erwartet wurden. Die Nachfrage ist außerordentlich groß und Eltern sind durchaus bereit, dafür auch etwas längere Wege in Kauf zu nehmen. An sechs Schulstandorten (darunter Ehingen mit der Längelfeldschule) wurden bei zweimaligen Kursen bereits 7971 Kinder (56% Jungen und 44% Mädchen) aus 64 Schulen im Grundschulalter gefördert. Die Kursangebote reichen von Musik, Kunst, Literatur, Sprache, Geschichte, Philosophie, Sport, Mathematik, Biologie, Chemie, Physik bis Naturerlebnis und Informatik. Als etwas schwierig erweist sich noch der Bereich der MINT-Angebote (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Diese sollten laut Satzung der Hectorstiftung mehr als 60 % umfassen. Hier werden zum einen noch Kursleiter/innen, aber auch interessierte Kinder gesucht.

**Ganztagesschule eine
segenreiche Einrichtung**

Unter dem Fachbegriff "Fit fürs Leben" wurde im letzten Jahr an der Valckenburg-



Fortsetzung von Seite 15

schule (Ulm) eine Klasse des Berufskollegs I Gesundheit und Pflege als Schulversuch in Ganztagesform angeboten. Die Erfahrungen sind laut Schulleiter Beck so positiv, dass die Schule gerne im nächsten Jahr beide Klassen in Ganztagesform führen möchte. Derzeit sind in jeder Klasse 30 Schüler/innen. Sowohl Schüler wie auch die Lehrkräfte machen nur positive Erfahrungen, obwohl die Lehrer zusätzlich unentgeltliche Mehrarbeit leisten und die Schüler viel mehr Stunden in der Schule verbringen (36 Zeitstunden in der Woche). Durch die Rhythmisierung des Tages entstünde eine andere Lernkultur, die die Chancen der SchülerInnen, die Fachhochschulreife zu erreichen, stark vergrößere. Der Tag wechselt zwischen klassischem Unterricht, Arbeit in Lerngruppen sowie Vertiefungs- und Vorbereitungszeiten. So sei dadurch eine bessere Integration aller möglich, die überfachlichen Kompetenzen wurden verbessert, das eigenständige Lernen wurde gefördert. Außerdem entwickelte sich eine andere Umgangskultur. Übrigens noch eine interessante Beobachtung: Bei der Entscheidung, ob der Schüler sich in der Ganztagesklasse oder in der herkömmlichen Klasse anmelden wolle, entschieden sich diejenigen Eltern für die Ganztagesklasse, die ihr Kind auch bisher schon stark unterstützt haben.

b) Kreistagssitzung
Hierbei beschränke ich mich auf zwei Themen

Resolution des Kreistages zu S 21 und der Neubaustrecke Stuttgart-Ulm

- Es ist hinlänglich bekannt, dass es wie in der gesamten Bevölkerung auch in der SPD

Befürworter und Kritiker von S 21 gibt. Die Befürworter haben in der SPD genau so Platz wie die Kritiker. Unsere SPD-Fraktion spiegelt diese unterschiedliche Einschätzung genau wider. Deshalb haben wir lange über die von der Verwaltung eingebrachte Resolution diskutiert. Unsere Kritik an der Vorlage: Der Gesetzgeber hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Weg einer Volksabstimmung zu gehen. Da stellen die Ausführungen im Text der Resolution, die dem Kreistag vorlag, über die Fragwürdigkeit dieses Vorhabens eine einseitige Kritik an der Landesregierung dar, die für die Resolution selbst nicht notwendig wäre. Viele weitere Punkte sind unseres Erachtens nur Wahlkampfaussagen, die genau so von Gegnern widerlegt werden können. Deshalb schlugen wir eine getrennte Abstimmung über drei Punkte vor: (Kurzfassung)

- (1) Der Kreistag hat sich mehrmals ... für das Projekt S21 ausgesprochen.
- (2) Der Kreistag befürwortet die Durchführung des Volksentscheidens zur Befriedung der Auseinandersetzungen.
- (3) Der Kreistag spricht sich für das Projekt Stuttgart 21 aus und ruft die Bevölkerung auf, sich an dem Volksentscheid zu beteiligen.

Unser Antrag wurde nicht angenommen, weil der Antrag der Verwaltung als der weitergehende Antrag eingestuft wurde und unser Vorschlag nicht als Änderungsantrag akzeptiert wurde, da er inhaltlich fast wortgleich war, wir aber die einseitig wahlkämpferischen Passagen weglassen. Schade! So blieb einigen von nichts anderes übrig, als gegen

den Antrag der Verwaltung zu stimmen. Fraglich war auch, ob der Kreistag der richtige Ort für eine Resolution sei, nachdem dieses Gremium ausdrücklich aufgefordert wurde, keine Art Wahlempfehlung abzugeben.

Genfreie Anbauregion Alb-Donau-Kreis

Diskutiert und abgestimmt wurde über einen fraktionsübergreifenden Antrag, der am 14. März eingebracht wurde.

Auszüge aus dem Inhalt:

Landwirte sollen weiterhin an ihrem Verzicht auf gentechnisch verändertes Saatgut und am Anbau gentechnisch erzeugter Pflanzen festhalten. Bei Neuverpachtung oder Verlängerung bestehender Pachtverträge landwirtschaftlicher Flächen soll folgende Bestimmung aufgenommen werden: "Die Verwendung gentechnisch veränderten Saatguts und der Anbau gentechnisch erzeugter Pflanzen ist nicht gestattet." Ein Zitat aus dem Munde eines CDU-Kollegen zeigt, wie unterschiedlich das Instrument Resolution angewendet werden kann: "Eine Abstimmung ist nicht notwendig; selbst wenn wir es beschließen, können wir es nicht verhindern." Nach längerer und durchaus stellenweise recht sachkundiger Diskussion wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen. (Die CDU stellte es ihren Mitgliedern frei, forderte also keinen Fraktionszwang!!! Wie kann sich ein Kreistagsmitglied sonst nur seinem Gewissen verpflichtet fühlen, wenn man dies hier extra hervorheben muss?) ■



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchsle

Hellscherisch oder Dauerbrenner?

In Heft 98 (Dez. 2001) stand u.a.: “Die CDU ist eine Partei, die überall in der Bundesrepublik antritt, nur bekanntlich nicht in Bayern. Die CSU ist wiederum eine Partei, die nirgends in der Bundesrepublik antritt, außer in Bayern. Weil sie es noch nicht einmal zu einem gemeinsamen Namen bringen, nennen sie sich gerne “Union”. Dies kommt von Lateinisch “eins” und bedeutet Einheit, Bund, Vereinigung. Schön wär’s ja — aber es ist nicht immer weit her mit dieser Einheit.” Nichts Neues also ist es 2011: Seehofer “profilert” sich laufend dadurch, dass er dagegen amorsert, was “die in Berlin” (= die Seinen von der Union) vorhaben und beschließen.

Fuchsle-Leser Thaddäus Bamberger ...

... setzt sich in einem Beitrag dafür ein, die Donautalbahn Ulm-Ehingen-Sigmaringen-... - Freiburg in das “Bundesausbauwegesgesetz” aufzunehmen. Dazu würde gehören: Ausbau Herrlingen-Munderkingen zweigleisig u.v.m.

“Terror-Verdächtige ohne viel Federlesen ‘raus!”

Dies fordert der damalige CDU-Bundestagsabgeordnete und heutige Landrat Heinz Seiffert. “Niemand darf wegen ... seiner politischen Anschauung benachteiligt oder bevorzugt werden.” (GG Art. 3). Ob er dazu weiterhin stehe, fragt 's Rote Fuchsle. Und es will weiter wissen, ob der Grundsatz schon noch gelten solle, dass jedermann/frau so lange als unschuldig zu gelten habe, bis er/sie durch ein ordentliches Gericht rechtskräftig verurteilt wurde. “Verdächtig” reicht ja wohl nicht!

Stadträtin Christa Rinker lobt Stadtverwaltung und ...

... Bauhof für Verbesserungen am Spielplatz im Schlehenweg (Ramminger).

Hilde Mattheis gratuliert der Gemeinde ...

... Griesingen zur Einweihung der umgebauten Gemeindehalle. ■

(A)bgestimmt — wie?

's Rote Fuchsle berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben, oder, dass im Berichtszeitraum keine Sitzung stattfand bzw. dass sie an der Teilnahme verhindert waren. Sie haben dies freundlicherweise aus eigenem Entschluss mitgeteilt. Danke!

Martin Rivoir MdL

Hier wieder Martins Abstimmungsverhalten vom 12. und 13. Oktober in den Plenarsitzungen:

- 1) Gesetz zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung medienrechtlicher Vorschriften, Drucksache 15/197 und 15/563: Ja
- 2) Gesetz zur Änderung des Gesetzes über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg, Drucksache 15/ 541: Nein
- 3) Gesetz zur Rückabwicklung des Universitätsmedizingesetzes, Drucksache 15/631: Ja

Evelyne Gebhardt MdEP

So hat Evelyne u.a. abgestimmt:

- Di. 25. Oktober 2011: Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments verständigten sich in 73 Forderungen darauf, dass die Koordinierung der globalen Wirtschaftssysteme grundlegend reformiert werden müsse, damit etwa das Tempo von Wirtschaftswachstum, das weltweit verflochtene Bankensystem oder Handelsungleichheiten besser reguliert werden können. Dies soll etwa durch eine Reform des IWF oder durch die Trennung von Spekulationsgeschäften und herkömmlichen Bankgeschäften erfolgen. Ich meine: Die Wirtschaftswelt ist aus den Fugen geraten und wir müssen schleunigst Regeln für eine Regulierung von Finanzmärkten und für einen fairen Handel schaffen. JA
- Di. 25. Oktober 2011: Am Dienstag hat das Europäische Parlament in seiner Resolution darüber entschieden, dass alleinerziehende Mütter mit wenig Einkommen zukünftig bessere Bildungsangebote, höhere Steuerfreibeträge, Kurse für Kindererziehung und finanzielle Erleichterungen bei der medizinischen Versorgung erhalten sollen. Außerdem sind die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Unternehmen Anreize für die Einstellung alleinerziehender Mütter bereitzustellen. Ich meine: Alleinerziehende Mütter müssen vom Rand der Gesellschaft in unsere Mitte zurückfinden können. Daher: JA
- Do. 27. Oktober 2011: Das Europäische Parlament stimmte am Donnerstag über einen Richtlinienentwurf ab, demzufolge kinderpornographische Internetseiten gelöscht werden müssen. Außerdem sollen auch den Betrachtern dieser Webseiten empfindliche Strafen drohen. Zudem sieht die Richtlinie eine verstärkte Präven-





tion und Hilfe für die Kinder als Opfer vor. Ich meine: Endlich Löschen statt Sperren. JA

Klärle Dorner
Kreisrätin

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales

- Die Ergebnisse der Untersuchung zur energetischen Sanierung der Valckenburgschule vorerst wegen fehlender Wirtschaftlichkeit nicht umzusetzen. Die Maßnahme zur Lüftung soll näher auf ihre Umsetzbarkeit geprüft werden: Ja
- Der Ausschuss ermächtigt die Verwaltung, für die Krankenhaus GmbH Alb-Donau-Kreis eine Ausfallbürgschaft zugunsten der Sparkasse Ulm für einen Kredit in Höhe von 14 Millionen Euro zu übernehmen und auf die Erhebung einer Bürgschaftsprovision bis auf weiteres zu verzichten. Das Geld soll zur Vorfinanzierung und zur Umschuldung

eines teureren Kredits dienen. Bei den Baumaßnahmen handelt es sich im Gesundheitszentrum Ehingen um den Hubschrauberlandeplatz, den Umbau des Parkhauses sowie die Errichtung eines Rechenzentrums, Umbau zum Gesundheitszentrum Langenau, im Gesundheitszentrum Blaubeuren die Einrichtung des Schlaflabors sowie Umbaumaßnahmen im Zentrum für Medizin, Pflege und Soziales: Ja

- Weiterbewilligung des Betriebskostenzuschusses für das Theater Erbach für die Jahre 2012 und 2013. Das Theater stellt für den gesamten ADK eine Bereicherung dar, weil es die Möglichkeit bietet, auch in kleinen Orten oder Schulen Theater und Musikstücke aufzuführen. Im letzten Jahr konnten somit in 13 Orten 5300 Gäste eine Aufführung genießen. Mit Vorbehalt dann doch: Ja

Sitzung des Kreistags

- Teilnahme des ADK in Zusammenarbeit mit der Regionalen Energieagentur am European Energy-Award (EEA). Dieses Programm dient zur Bewertung und Steigerung der Energieeinsparungsmaßnahmen von Kommunen und Landkreisen. Es ist eine Initiative der OEW. Von den Kosten in Höhe von 59 391 Euro übernimmt die OEW 50 000 Euro und das Land gibt einen Zuschuss von 8 000. Wenn der Landkreis nach drei Jahren 50% der möglichen Punkte erreicht, wird er mit der Auszeichnung zertifiziert. Teilnahme des ADK, wenn das Land den Zuschuss von 8000 Euro bewilligt: Ja
- Resolution des Kreistages zu S 21 und der Neubaustrecke Stuttgart Ulm: Nein
- Fraktionsübergreifender Antrag: Genfreie Anbauregion Alb-Donau-Kreis: Ja
- Gebühren- und Abgabenkalkulation Abfall 2012: Ja ■

Hans Eichel und seine "spärliche" Rente

Wenn es so ist, wie es die Medien berichten, dann ist das etwas ganz Schlimmes. Es befördert massiv die Politik(er)verdrossenheit und schadet allen Parteien, der SPD vorneweg. Hans Eichel bezieht demnach eine Pension monatlich weit über 8000 Euro als ehemaliger Bundesminister und streitet jetzt vor Gericht, dass ihm zusätzlich auch das Ruhegehalt als ehemaliger OB von Kassel zustehe. Selbst wenn er formal Recht hätte, ist es geschmack- und instinktlos, eigentlich geradezu unverschämt. Er kann ja auch nicht jeden Tag goldene Schnitzel fressen. Und für das, was er schon jetzt als Rente bekommt, muss eine alte Frau ganz arg lange stricken und ein 1-Euro-Jobber lange schuften. Auch kleine Rentner und Hartz-IV-Empfänger werden nur sehr wenig Verständnis für diese Geldgier aufbringen.

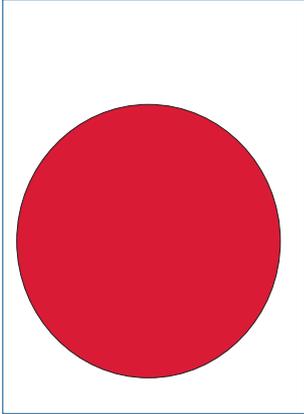
Werter Genosse Hans Eichel, so hätte ich dich nicht eingeschätzt.

Ludwig Dorner ■



Warum Jürgen Meyer nicht auf dem Landesparteitag war

Unser vormaliger Bundestagsabgeordneter Prof. Dr. Jürgen Meyer war zu der Zeit in Warschau und hielt vor 120 polnischen Wissenschaftlern einen Vortrag über die europäische Verfassung. ■



Der Diens- Tags- Treff



Protokoll vom
8. November 2011

Dieter Volgnandt

Griechenland - und warum wir' s ertragen müssen, stand zunächst im Vordergrund und spannte Kurt, den Mann von der Presse, auf die Folter. Eben wie die Troika, die EU-Kommission und viele andere zu dem Zeitpunkt die Eulen aus Athen, also das Signal einer vollzogenen Regierungsbildung, herbeisehten, wartete er, als wir uns versammelten, um die Frage zu klären, wie wir uns im Vorfeld der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 zu verhalten hätten, wozu er eben zu diesem Zweck Platz am Tisch neben unserer großen Vorsitzenden genommen hatte und nun mit gezücktem Bleistift dasaß und der Dinge harrte, während der Schreiber dieser Zeilen sich mit seinen Notizen, seinem dunklen Schwertbier und zwei riesengroßen Schwertbratwürsten abmühte.

Denn das, was zur Zeit durch die Presse geistert, hinterlässt nicht nur im Kopf von Martin große Fragezeichen - warum sollen wir jetzt für andere den Beutel hinhalten und sparen und verzichten, damit andere das gute Geld verjuxen und sich die superreichen Griechen in ganz Europa mit Luxusimmobilien eindecken, statt endlich ihre Steuern zu zahlen - das alles so schlimm, so konfus, dass Ludwig sein ganzes vor einem Jahr zum Antritt der Rente eingemottetes pädagogisches Inventar aufbieten musste, um in die Köpfe wenigstens ein bisschen so etwas wie einen Sinn fürs soziale Miteinander in Europa bei all den sich auf der großen, politischen Bühne abspielenden Absurditäten einzupflanzen und Verständnis für den Eurorettungsschirm, die Hilfeleistungen und den ganzen knalligen Einstieg in eine Transferunion mit vollem Haftungsrisiko zu erwecken.

Aber Verwirrung herrscht nicht nur in unseren Kreisen und das auch nicht nur in Bezug auf die EU und ihre schludrigen Mitglieder im Süden wie Samaras, Papandreou, Vangelis und der nette, gute Bunga-Bunga-Papi aus dem Süden, dem neben einem göttlichen Reset zu ewig junglichem Neustart wohl am liebsten wäre, wenn Europa gleich ganz berlusconisierte.

Auch andere scheinen nicht gerade vom Heiligen Geist erleuchtet: Da wären die in unserer Partei, die vor ein paar Wochen wohl vergessen hatten, wem sie zur Koalition die Treue geschworen hatten und sich zur Rettung des Bahnhöfles in Stuttgart gleich voll in die schwarzen Unterhosen geschmiedelt hätten, wenn sie denn nicht vom Landesvater und der Basis zurückgepiffen worden wären.

Und da war die Anfrage von der örtlichen CDU, die ansonsten höchst selten an unsere Türen klopft, ob wir denn bereit wären, einen gemeinsamen Pro-Stuttgart-21-Stand zu gestalten. Schließlich gilt die SPD allerorten als die Infrastruktur-Partei, die ihren Sinn für soziale Gerechtigkeit auch auf die notleidenden Unternehmen erstreckt, vor allem, wenn die mit dem Verlust von Arbeitsplätzen drohen.

Also wird man sich bei der CDU gedacht haben: Da wär' s doch gleich gut, wenn die Genossen sich wie in Ehingen "üblich" in sichtbarer Entfernung zum Stand der Grünen mit der CDU am Brunnen vor dem Tore zweckvereinigen würden und damit auch gleich klar machten, dass sie über den unterirdischen Bahnhof und die Schnellbahntrasse noch mehr mit den Schwarzen gemein haben als mit ihren grünen





Brüdern und Schwestern, mit denen sie nicht immer können. Denn links sind sie sowieso, und was schadet' s der CDU, wenn ein Linker links ist. So in etwa mag der Heinz Wiese gedacht haben, als er mit dem Vorschlag an Klärle Dorner herantrat.

So weit so schlecht, so weit so gut. Das wurde gar nicht diskutiert, auch wenn von den Anwesenden viele noch gar nicht wussten, wie sie am 27. November abstimmen wollen, und sich so mancher noch immer den Bahnhof wünscht (oder eben

auch nicht).

"Denn unterschiedlicher Meinung sind wir", so Ludwig, "aber wir sind nicht gespalten."

Und wir sind auch nicht so unterbelichtet, dass wir jetzt nicht wüssten, welche Rolle man uns in dem Spiel zugeacht hatte. "Also machen wir selbst keinen Stand und wir machen auch an gar keinem Stand mit", schlug Roland vor, was nur alle gutheißen konnten.

Da wir aber auch zeigen wollen, dass wir eine solche

Volksabstimmung begrüßen, nahmen wir den Vorschlag an, in den beiden Lokalblättern in einer Anzeige zur Abstimmung aufzurufen:

"Machen Sie es wie wir: Entscheiden Sie nach bestem Wissen und Gewissen und gehen Sie zu Volksabstimmung."

Und so wollen wir es bis zum 27. halten.

Grau:
Einfügungen der Redaktion ■

's Rote Fuchsle vom Dezember vor genau 10 Jahren

Ein Bürgermeister strebt nach mehr

Georg Mangold hofft, dass Herr

Bürgermeister Baumann seine Kandidatur im benachbarten Biberach vor allem dazu nutzen könne, Wahlkampfserien zu sammeln. Jedenfalls wünscht er Herrn Baumann sibyllinisch

"noch viele gute Jahre in Ehingen."

Sein damaliger Wunsch ging perfekt in Erfüllung, wie wir seit 2010 alle wissen. ■

Buchbesprechung: Hg. Lokale Agemda 21 Ehingen/Donau

Alte Wege neu entdeckt

Fuß- und Radwanderungen im Biosphärengebiet auf der Ehinger Alb

In ihrem Dank an die Spender sprechen die Verfasser von einer "Broschüre". Ebenso hält es OB Baumann in seinem Vorwort. Das ist jeweils reichlich untertrieben: Es handelt sich um ein richtiges Buch, 120 S., reich bebildert, mit liebevoll gestaltetem Layout und mit festem Einband.

Das eben erschienene Werk, zu einem lobenswert erschwinglichen Preis von 8 Euro zu haben, beschreibt 19 Wandertouren auf der Ehinger Alb. Es sind leichte, kürzere, auch für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer benutzbare darunter, mit wenig Steigung und Gefälle. Das Buch weist aber auch darauf hin, wenn die Strecke schwieriger wird, für Ungeübte gar etwas gefährlich. Kartenausschnitte und Diagramme mit Höhenunterschieden

sind hilfreich bei der Planung. A propos Planung: mitnehmen (zu Fuß oder mit dem Rad) kann man das Buch kaum. Dafür ist es ein wenig zu unhandlich, und nass sollte es natürlich auch nicht werden.

Zu jeder Route gibt es den "Hinweis", dass sie GPS-erfasst ist und dass man entsprechende Navis auch ausleihen kann. Manche Ausgabestelle taucht bei nahezu jeder Wanderroute auf, und das wirkt dann schon etwas penetrant.

Manchmal wird Ortskenntnis vorausgesetzt. An einer Stelle heißt es zum Beispiel, man solle die Pfisteranlagen entlang gehen. Wenn man weiß, wo die verlaufen, klappt das gut. Aber was tun Ortsfremde?

Was ebenfalls schade ist: Eine ganze Reihe von Textpassagen finden sich bei mehreren Wanderstrecken wortgleich wieder. Selbst etlichen Fotos, so schön sie sein mögen, begegnet man mehrmals im Buch. Und zuletzt, salopp formuliert, das Buch ist auch ein wenig sehr an Zeugnissen katholisch geprägter Frömmigkeit ausgerichtet. Kirchen, Kapellen, Bildstöcke, Feldkreuze, "Heilige" und "Selige" nehmen einen vergleichsweise großen Raum ein. Man hätte sich da und dort mehr Informationen über das gegenwärtige Leben in den Ortschaften wünschen können.

Trotzdem: Es ist ein schönes Buch geworden und ein gutes Geschenk, zumal auch weniger Geübte erfreut feststellen können, dass es selbst auf der buckligen Albhochfläche einigermaßen ebene Touren für Wanderer und Radfahrer zu entdecken gilt. ■



Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Kreisverband Alb-Donau
St. Ida-Straße 11, 89171 Illerkirchberg

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Seniorinnen + Senioren
Tel.: 07346 / 56 55 - Fax: 07346 / 92 16 88 - hfeiler@gmx.de

60 plus
SPD

Einladung zu unserem nächsten Treff am 07. Dezember 2011 in Blaustein + Protokoll Treff 12.10.2011

Unser Treffen am 12. Oktober 2011 fand wieder guten Anklang. Zum Kaffee gab es gestern sogar zwei Torten. Die Tagesordnung war so umfassend, dass sie nicht komplett abgearbeitet werden konnte. Zunächst gab es nachträglich Sekt für unser Ehepaar Hans Dieter, die ihren 50. Hochzeitstag erst kürzlich feiern konnten.

Im Rückblick wurde das Herbstfest in Griesingen, der SPD-Empfang im Roxy sowie das Treffen des Alb-Donau-Kreises in Dornstadt recht eingehend besprochen, zumal wir bei diesen Veranstaltungen gut vertreten waren. Der Fusionsantrag des OV Langenau für beide Kreisverbände fand zahlreiche Beiträge. Gesamt sind wir recht klar gegen eine Zusammenlegung, da der Vorteil nicht erkennbar ist.

Das Sommerfest von 60plus in Illerkirchberg fand guten Anklang.

Unser Emil Lehle hielt einen Vortrag zum Thema Mindestlohn – angelehnt an die Schwörrede des Ulmer OBs Ivo Gönner. Leiharbeit, Lohndumping und Lohndrückerei wurden herzlich diskutiert, da hier ca. 5 Millionen Arbeitnehmer häufig schamlos vom Großkapital ausgenutzt werden. Sehr umfangreich waren die von unserem zweiten Vorsitzenden gesammelten Unterlagen. Derzeitig aktuelle Forderung : € 8,50 / Stunde als Mindestlohn.

Unsere nächsten Aktivitäten : möglichst eine Betriebsbesichtigung bei Liebherr in Ehingen,

Evtl. eine Brauereibesichtigung und die neueste Entwicklung zu Stuttgart 21. Vielleicht ist es möglich, unseren Landtagsabgeordneten Martin Rivoir als Gesprächspartner zu gewinnen.

Ein Besuch unseres Landtags ist ebenfalls wünschenswert.

Unsere Bundestagsabgeordnete hat uns bereits ihre neuesten Termine im Café Jam, im Kornhauskeller sowie eine Veranstaltung mit Franz Müntefering aufgegeben.

89171 Illerkirchberg, im Oktober 2011 / fe ■



Alle Fotos:

Herbstfest (Griesingen) des Kreisverbands und zugleich des Ortsvereins Ehingen. Wie man sieht, sind die Senioren zahlreich und jüngere auch vertreten.

Bilder: Horst Feiler



Bericht Iranreise (Fortsetzung)

Schaut eher wie ein abgeschnuddeltes Stofftier aus

Almut Pfeiffer, München

Besonders schön sind die reichen Blumenrabatten, die auf jedem noch so kleinen Stückchen Erde liebevoll angelegt sind. Die Farben und die Zusammenstellung der Pflanzen spiegeln die Jahrhundert alte Tradition des Gartenbaues wider, der Garten soll ein Stück des Paradieses darstellen - und das tut er wirklich.

Auf unserer Reise konnten wir in Orten, die sich mitten in einer wüstenartigen Landschaft befinden, in den Innenhöfen der Häuser oder Karawansereien ein Blumenparadies finden. Rabatten aus Stiefmütterchen, Löwenmäulchen in den tollsten Farben - wunderschöne Rosen und meist noch blühende Granatapfelbäume dabei. Ein Ort der Ruhe, des Duftes und der Kühle, denn immer durchzog ein leichter Windhauch den Garten, der Ort, der zum Verweilen einlädt, ein Ort zum Träumen und Entspannen.

Der Verkehr fließt ruhig durch die Straßen. Niemand hupt. Die Autos rollen in der vorgegebenen Geschwindigkeit, lassen andere Teilnehmer rechts und links durch Handzeichen einscheren.

Wenn ich da an München denke, was da abgeht und wie aggressiv die Menschen hinter dem Steuer sind, dann ist das schon sehr erstaunlich, was wir auf der Reise erlebt haben.

Zunächst dachte ich ganz spontan, dass die Teheraner besonders durch die Polizei oder das Militär unter Kontrolle gehalten werden, aber es ist eben nicht so. In den 14 Tagen haben wir, egal wo wir uns befanden, keinerlei Aggressivität im Verkehr erlebt.

Wir starteten in Teheran mit einem Besuch des Museums, in dem die Funde der Ausgrabungen ausgestellt sind. Ich hatte ja schon vorher einiges darüber gehört,

war aber dann sehr beeindruckt von den Exponaten. Leider ist die Ausstellung relativ klein, denn die meisten Funde wurden von den "Archäologen" wegbracht, nach London, Paris oder Berlin. Manches verschwand aber auch bei Sammlern, die diese Schätze für sich behalten wollen. Eine sehr tragische Tatsache in Susa war, dass die Ausgräber all das, was sie nicht mitnehmen konnten, kurzerhand zerschlugen und somit unwiederbringlich zerstörten.

Nach dem Museumsbesuch brachen wir mit dem Bus in Richtung Arak, einer unbedeutenden Stadt auf. Auf dem Weg dorthin kam es zu regelrechten Wolkenbrüchen. Die Temperaturen fielen und am nächsten Tag war es empfindlich kalt. Immer wieder regnete es, aber dann setzte sich die Sonne durch. Unser nächster Stopp war Hamadam, das in früherer Zeit die Hauptstadt der Meder war.

In dieser Stadt soll Alexander der Große seinem gefallenen Freund Hephaestion mit einem Steinlöwen ein Denkmal gesetzt haben. Bis vor einiger Zeit stand der Löwe völlig ungeschützt und von Kindern als Klettertier gebraucht in einem kleinen Park. Inzwischen steht er auf einem hohen Sockel. Dass das ein Löwe war, kann man nur noch mit viel Fantasie erkennen. Er schaut eher

wie ein abgeschnuddeltes Stofftier aus, das sehr innig geliebt wurde und so in die Jahre gekommen ist.

Weiter führte uns die Straße in die Berge. Wir hielten uns in der Regel in einer Höhe von 1500 bis 1800 Metern auf.

Danach ging es in das Zagrosgebirge, das den Iran vom Irak trennt. Die Landschaft wechselt zwischen weiten Hochtälern, die von hohen Bergen eingerahmt sind. Die Vielfalt der Bergformen, verbunden mit der starken Erosion, ist gigantisch. Manche Berge befinden sich geradezu in der Auflösung. Der Finger kam nicht mehr vom Auslöser. So etwas habe ich noch nie gesehen. Auf der einen Seite Berghänge mit tief eingegrabenen Rinnen in bizarren Formen, auf der anderen Seite glatte Hänge mit schuppenförmigen Formationen. An anderen Stellen entdeckten wir Bergformen, bei denen man den Eindruck hatte, als sei das Gestein einem sprudelnden Hexenkessel entnommen, so bewegt sind die Formen. Wunderschön waren auch die Berge aus rotem Sandstein, die sehr anfällig für Erosionen sind. Da entstehen die unglaublichsten Formen. Schon allein dies ist eine Reise in den Iran wert.

Fortsetzung folgt. ■



„Auf dem Landesparteitag in Offenburg hatten wir kurz über 's Rote Fuchse und die Gründung der SPE-Gruppe Ortenau gesprochen.“

Flaschenpost auf ungewisse Reise

Fabien Vesper

„Alle reden über europäische Rettungspakete, doch über die Zweckbestimmtheit der EU traut sich kaum jemand zu sprechen,“ bedauert Fabien Vesper, fest entschlossen, diese und andere unangenehme Fragen mit der neu gegründeten „SPE-Gruppe Ortenau“ anzugehen. Die SPE ist der Verbund der sozialdemokratischen Parteien in der EU - aber auch mehr als das, denn man kann in der SPE auch direkt Mitglied sein und regionale Gruppen gründen.

Über 130 solche SPE-Gruppen gibt es in Europa. Auf der Mimram-Brücke zwischen Straßburg und Kehl hat sich auf Initiative des 31jährigen Fabien Vesper nun die erste SPE-Gruppe Baden-Württembergs gegründet. „Das Generalsekretariat der SPE in Brüssel unterstützt uns mit Informationen und Material und veranstaltet europaweite Kongresse.

Hier vor Ort freue ich mich auf eine noch engere Zusammenarbeit mit den 'camarades' unserer Schwesterpartei im Elsass,“ erklärt Vesper das

Anliegen, das von über 30 anwesenden Sozialdemokraten geteilt wird, die zur Gründung über dem Rhein Regen und Kälte trotzten. Im Namen der Parti Socialiste begrüßte Christelle Hamm, 26-jährige Stadträtin aus Lingolsheim, die Neugründung und erinnerte an die intensive Kooperation der letzten Jahre.

Das Ziel der Verwirklichung der „Vereinigten Staaten von Europa“ bekräftigte in seiner Rede der stellvertretende Kreisvorsitzende der SPD Ortenau, Uwe Hengherr. Diese

berühmte Forderung des französischen Schriftstellers Victor Hugo habe sich die SPD bereits 1925 in ihrem Grundsatzzprogramm auf die Fahnen geschrieben. Doch nicht nur die große Politik werde die „SPE Ortenau“ beschäftigen, so Vesper: „Unsere Grenzlage bringt Vor- und Nachteile.

Wir wollen das Beste daraus machen, damit es sich im Eurodistrikt Strasbourg-Ortenau gut leben lässt!“



Zum Bild: Als symbolischen Akt unterzeichneten die Anwesenden auf der Mimram-Brücke (siehe nächste Seite) eine feierliche Erklärung zur Verwirklichung der Einheit Europas, die sie in einer Flaschenpost auf eine ungewisse Reise auf dem Rhein schickten. ■

Wie an anderer Stelle beschrieben, ist beim Landesparteitag auch das Geschehen im Foyer spannend. So hatten junge Leute aus Kehl einen Infostand aufgebaut, um ihre Aktivitäten vorzustellen: Sie tun sich grenzüberschreitend mit französischen „Jusos“ zusammen.

Höchste Zeit, damit anzufangen, und daher äußerst lobenswert. Auf meine Bitte stellt nun Julien Vesper die SPE für die Leserschaft des Roten Fuchses vor. Julien war/ist offensichtlich eine der „treibenden Kräfte“. ■

Die Ortenau ist eine geschichtliche Landschaft am rechten Oberrhein und in der Vorbergzone des Schwarzwalds in Baden-Württemberg. Der Name findet sich noch heute im Ortenaukreis (OG/Offenburg) und im Ortenauer Wein. (Wikipedia) ■



Über die angebliche Gespaltenheit im Ortsverein - oder war ich auf einer anderen Sitzung?

Dr oine isst en Wurschtsalat, dr andere a Käsbrot

Ludwig Dorner

Wurstsalat der eine, Käsbrot der andere: Und schon wären wir wieder gespalten, wenigstens, wenn es nach der Tendenz im Bericht der Schwäbischen Zeitung (SZ, 10.11.) zu unserem November-Dienstagstreff ginge. Die Überschrift dazu lautete jedenfalls "Ehinger SPD zeigt sich bei Stuttgart 21 recht gespalten." Dies wäre mir eigentlich gar nicht sonderlich aufgefallen, obwohl ich von Anfang bis Ende körperlich und (wie ich hoffe, auch) geistig anwesend war.

Wie Dieter Volgnandt in seinem Protokoll (Seite 19f.) ganz richtig schreibt, haben wir uns an jenem Abend auch und sogar zunächst mit anderen Themen beschäftigt. Stichworte: Griechenland, Euro, Banken ... Dann ging es uns um den Landesparteitag in Offenburg. Weitere Stichworte waren: Kreistag/OEW, Haushaltsplan Ehingen, mögliche Initiativen zum Jugendgemeinderat - ja, und dann ging es uns auch noch um S 21.

Bei der Lektüre des SZ-Berichts hätte man freilich meinen können, es sei uns an dem Abend um kein anderes Thema gegangen. Ja, es wird sogar noch jemand namentlich dazu zitiert, der an dem Abend - korrekt entschuldigt - gar nicht anwesend war.

Wenn wir uns "gespalten" gezeigt hätten, was könnte man darunter verstehen? Was könnten Zeitungsleser vermuten? Gegenseitige wüste Beleidigungen und Beschimpfungen? Austrittsdrohungen? Oder Aufforderungen, die Partei zu verlassen? Oder

gefälligst auf eine "offizielle" Parteilinie einzuschwenken? Anderenfalls gar eine neue "USPD" zu gründen, eine "unabhängige"? Lautstärke? Schaum vor dem Mund? O nein, entfernt nichts von alledem!

Wir haben noch nicht einmal irgendwie abgefragt, ob die Anwesenden denn nun für oder gegen S21 seien. Das war gar nicht unser Thema.

Wie Dieter Volgnandt es richtig beschreibt, haben wir sehr ruhig, sehr sachlich und also in bestem Sinne politisch gemeinsam überlegt, wie wir mit den Angeboten der CDU (für S21) und der GRÜNEN (gegen S21) umgehen sollten, die uns jeweils eingeladen hatten, an ihren Infoständen mitzumachen. Wir fanden eine Lösung, die uns in diesem Falle als die absolut faire und richtige erschien. Wir haben uns nicht eine Sekunde lang "gespalten" gefühlt.

Ein Teilnehmer gebrauchte zwar das Wort, aber auf sich selber bezogen. Und mehrere, darunter auch ich, stimmten

damit überein, dass sie zwischen "dafür" und "dagegen" noch immer schwankten, sozusagen abwechselnd 49:51 dafür und dann wieder dagegen. Diese Einstellung halte ich für urdemokratisch legitim.

SZ: "Ludwig Dorner brachte die Möglichkeit eines ungültigen Votums ins Spiel." Die SZ ließ aber die zugehörige Begründung weg: Es geht um eine hohe Beteiligung, selbst wenn jemand unter Gewissensqualen sich notfalls nicht für oder gegen S21 entscheiden könne.

Von einer "Gespaltenheit" in zwei Blöcke im Ehinger SPD-Ortsverein habe ich jedenfalls nichts bemerkt. Früher nicht und diesmal nicht. Und auch nichts von einer Art Zwang zu einer offiziellen Parteilinie wie anderswo. Wir haben es bisher noch immer sehr gut ertragen, wenn sich zuletzt einer so oder auch anders entscheidet, ganz ähnlich wie zwischen Wurstsalat und Käsbrot. Ich nenne das nicht Gespaltensein, sondern vielmehr demokratische Kultur! ■

Bundesverfassungsgericht: Fünf-Prozentklausel bei Europawahl in Deutschland abgeschafft

In Deutschland müssen Parteien (auch Wählergruppen usw.) mindestens 5 Prozent der abgegebenen Stimmen (oder die abs. Mehrheit in einem Wahlkreis) erhalten, um einen Sitz im Parlament zu bekommen. Dies wurde nach den Erfahrungen der Weimarer Republik ins Grundgesetz aufgenommen, um Splitterparteien zu verhindern, die ordentliches Arbeiten sehr erschweren. Laut Gericht gilt das weiter. Nur fürs Europäische Parlament soll das künftig nicht mehr gelten, es habe ja keine Regierung. Stimmt schon, aber damit wird der Jetzt-Zustand betoniert. Das halte ich für regelrecht europafeindlich!

Ludwig Dorner ■



Roter Turm

www.spd-ravensburg.de

Ravensburg nennt sich - nicht zu Unrecht - Stadt der Türme und Tore. Passend dazu gibt die SPD in RV als Informationsschrift den Roten Turm heraus. In der neuesten Ausgabe fand 's Rote Füchse zwei Beiträge zum Thema Stuttgart 21, die unseren Lesern so kurz vor der Volksabstimmung nicht vorenthalten werden sollen. Beide Beiträge sind von SPD-Leuten verfasst, die in Ravensburg seit langen Jahren kommunalpolitisch aktiv und dafür auch bestens bekannt sind. Wir veröffentlichen beide Beiträge mit freundlicher Genehmigung des Roten Turms.

Warum ich für Stuttgart 21 bin!

Wir im Süden sind angewiesen auf eine gute Anbindung in Ulm an das deutsche Schienennetz!

Schon immer benütze ich für meine Reisen die Bahn, soweit es für mich zeitlich vertretbar ist. Fast immer suche ich in Ulm den Anschluss an das deutsche, ja an das europäische Schienennetz. Das gilt auch für Flugreisen, für die ich mehr die Flughäfen in Stuttgart, Frankfurt und München als in Friedrichshafen benütze. Deshalb ist für mich eine gute Anbindung an dieses Netz wichtiger als die Elektrifizierung der Südbahn.

Der heutige Zustand der Bahnlinie zwischen Stuttgart und Ulm ist sehr schlecht.

Diese Strecke kann nur so langsam befahren werden, dass der ICE und der IC gleich langsam fahren wie die Regionalzüge. Wenn hier für die Fernzüge keine Besserung eintreten wird, werden wir in Ulm bald von den Fernzügen aus München abgehängt werden, da diese viel schneller direkt an Frankfurt und damit an den größten Teil des deutschen Netzes angebunden sind. Wer will noch über Ulm nach Stuttgart bummeln,

wenn er viel schneller ins Rheinland, nach Hamburg und Berlin reisen kann? Ohne Reisende aus dem Raum Mün-



Hans-Dieter Georgii

Richter a.D.
ehem. Landgerichts-
präsident in Ravensburg
und Dresden
ehem. Mitglied des
Landesverfassungsgerichts
in Leipzig

chen werden sich leistungsfähige Fernzüge über Ulm nicht lohnen.

Heute ist die Strecke so dicht befahren, dass man dort keine weiteren Güterzüge einsetzen kann. Wenn alle Fernzüge entfallen werden, wird man weitere dringend notwendige Güterzüge fahren lassen können.

Wir sollten auch nicht die Hunderttausende vergessen, die zwischen Geislingen und Stuttgart ständig von diesen durch dichtest besiedeltes Gebiet fahrenden Züge geplagt werden.

Wir sollten die neue Streckenführung zwischen Ulm und Stuttgart nicht trennen von dem neuen Tiefbahnhof.

Selbstverständlich kann man beide Projekte getrennt ausführen. Aber erst beide

zusammen bilden für jedes einzelne beider Projekte die erwünschten Vorteile, die den Aufwand rechtfertigen. Der

Flughafen Stuttgart ist und bleibt der wichtigste für Baden-Württemberg und muss deshalb gut angebunden werden. Bisher ist er - insbesondere von Süden - extrem schlecht zu erreichen, stets nur über den Hauptbahnhof.

Von Ravensburg wäre der Flughafen eine Stunde schneller zu erreichen als bisher. Deshalb fahren die meisten Leute von Ravensburg mit dem Auto dorthin statt mit der Bahn. Ohne den Tiefbahnhof wäre dies nicht möglich. Ähnliches gilt für die Verbindungen aus Tuttlingen, Tübingen und Konstanz.

Der Durchgangsbahnhof wird schon als solcher, erst recht aber bei der Lage von Stuttgart, viel leistungsfähiger sein als der Kopfbahnhof.

Dabei kann es nicht entscheidend auf die Dauer der Haltezeiten ankommen, denn diese werden benötigt, um ein bequemes Aus- und Einsteigen und das Ausgleichen von Verspätungen zu ermöglichen.

Die Leistungsfähigkeit des Bahnverkehrs im Knoten Stuttgart wird primär durch





Fortsetzung von Seite 25

die Zu- und Abfahrtsgleise beschränkt - nicht durch die Anzahl der Bahnsteige. Der Bahnknoten hat zusammen nur fünf Gleise für alle Zu- und Abfahrten. Sie müssen den gesamten Fern- und Regionalverkehr bewältigen. Künftig soll es dafür acht optimiert angelegte Gleise geben. Deshalb wird der Tiefbahnhof mit acht Bahnsteigen sehr viel leistungsfähiger als ein Kopfbahnhof mit 16. Es werden sich die Wege der ein- und ausfahrenden Züge nur noch selten überschneiden.

Auch die Region Stuttgart wird große Vorteile von dem Durchgangsbahnhof haben.

Aus dem Großraum Stuttgart mit bald 5 Millionen Einwohnern werden viel mehr schnelle Regionalzüge eingesetzt werden, die durchfahren können, z. B. zwischen Heilbronn und Tübingen,

Pforzheim und Aalen, Göppingen und Herrenberg, Schwäb. Hall und Vaihingen/Enz, sowie nicht an allen S-Bahnhaltepunkten halten. Diese durch kurze Fahrzeiten attraktiver werdenden Strecken werden viele Autofahrer auf die Bahn umsteigen lassen und völlig unwirtschaftliche Staus verhindern. Wir im Süden sollten auch nicht die außerordentlichen Chancen für die zentrale Stadtentwicklung in Stuttgart übersehen. Diese Entwicklung im Zentrum wird sehr stark den Flächenverbrauch um die Großstadt herum einschränken.

Zu den Kosten

Dazu kann ich nur sagen, dass ich nichts dagegen einzuwenden habe, wenn sie eingehalten werden. Aber ich halte es nicht für korrekt zu verlangen, dass nach jahrelangen

Verzögerungen und hohem teurem Durchsetzungsaufwand die Kosten nicht - und sei es um 10% - sollen steigen dürfen.

Stuttgart 21 ist reif für die Realisierung.

Wenn ein solches Großprojekt alle wichtigen und richtigen, planerischen und rechtlichen Hürden überwunden hat, dann soll man es auch realisieren. Wer sich für unseren Staat interessiert hat, hat sich schon vor 10 Jahren in den Medien gut informieren können über dieses Projekt, wie ich es auch getan habe. Wer zu spät aufwacht, sollte akzeptieren, dass eine aus eigenem Verschulden verpasste Mitwirkung nicht mehr nachgeholt werden kann, insbesondere nicht mit intoleranter Gewalt. ■

Auch wir sind gegen "Stuttgart 21"

Die ganze SPD in Baden-Württemberg ist dafür, der SPD-Kreisverband ist dafür, die SPD in Ravensburg und Eschach (Ortsteil; Red.) ist dafür?

Von wegen. Unsere Argumente fürs "Oben bleiben":

- Statt sich an den schönen Hängen und Weinbergen einer Großstadt zu erfreuen, wird der Bahnreisende eine "Tauchfahrt" in einer Tunnelröhre erleben.
- Ein Kopfbahnhof ist an Übersichtlichkeit nicht zu übertreffen. Alle ein- und ausfahrenden Züge fahren auf der gleichen Ebene und sind für den Reisenden mit einem Blick zu erfassen. Das Umsteigen erfolgt immer auf gleichem Niveau. Lästige Über- oder Unterquerungen der

Gleise, wie beispielsweise in Ulm, entfallen. Viele große Stadtbahnhöfe (Paris, Frankfurt, München, Dresden) haben deshalb Kopfbahnhöfe.



- Die Bahnhofshalle wird sich nicht mehr von den öden Wartesälen an Haltestellen entlang der Südbahn unterscheiden. Weil zukünftig alles im Untergrund stattfindet, besteht für Reisende kein Grund mehr, die Halle oben zu betreten.

- Der Bahnhof steht zu Recht unter Denkmalschutz. Was dem Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs entging, zerstört jetzt die Deutsche Bahn.
- S21 ist überhaupt kein Bahnprojekt, sondern vor allem ein gigantisches Grundstücksgeschäft. Schon jetzt erfüllt der Kopfbahnhof bestens seinen Zweck und könnte durch eine wesentlich kostengünstigere Modernisierung noch erheblich an Leistungsfähigkeit dazugewinnen.
- Der versprochene Zeitgewinn zwischen Ulm und Stuttgart hat mit dem Durchgangsbahnhof S21 nichts zu tun. Erreicht wird dies allein mit dem Bau der Schnellbahnstrecke über die Schwäbische Alb, gegen die kein Vernünftiger etwas einzuwenden hat.





Fortsetzung von Seite 26

- Die Untergrundverhältnisse im Stuttgarter Kessel sind mehr als problematisch. "Unten" sind nicht nur die Thermalquellen gefährdet. "Oben" kommt es auch zu massiven Eingriffen in den Stadtpark.
 - Die bisher noch nicht befriedigend funktionierende Anbindung des Flughafens Echterdingen lässt sich mit - wie zukünftig auch in München - mit einer schnellen S-Bahn einrichten.
 - S 21 wird mit den (bisher) von der Bahn eingestandenen Kosten von 4,089 Mrd. Euro wie ein "Geldsauger" für alle wichtigen Projekte im Süden wirken. Schon jetzt hat Verkehrsminister Ramsauer (CSU) mit dem Verzicht der Elektrifizierung der "Südbahn" Oberschwaben einen schmerzhaften Tiefschlag versetzt.
- Nicht nur aus der Kommunalpolitik ist bekannt: Je größer ein Bauvorhaben, desto höher die Überschreitung der Bausumme. Aber auch: Man wählt einen niedrigen Ansatz, gewinnt das Votum der Volksvertreter, fängt an zu bauen. Die Kosten steigen und steigen und die Entscheidung kann im Nachhinein nicht mehr zurückgenommen werden. ■

Aufruf zur Volksabstimmung

Ludwig Dorner



Der SPD-Ortsverein Ehingen (und mit ihm sein Rotes Füchse) haben über einen langen Zeitraum ihr Bestes gegeben, um möglichst sachlich und fair sowohl den Pro- wie den Contra-Argumenten Raum zu geben. Mit Stirnrunzeln haben wir zuweilen miterleben müssen, wie Einzelne (außerhalb des Ortsvereins) diesen fairen Prozess der Meinungsbildung zuweilen mit unsachlichen und persönlichen Anfeindungen zu "garnieren" versuchten. Das war nie unser Stil!

Die beiden voranstehenden Beiträge aus Ravensburg stellen die beiden entgegengesetzten Positionen noch einmal heraus. Sie gehen zwar nicht auf die Positionen der jeweiligen Gegenseite ein, aber vielleicht kann man die Beiträge der Genossen Georgii, Petzold und Biegert als abschließende Plädoyers empfinden, die nicht alle Argumente nocheinmal wiederholen wollen. Jedenfalls aber sind sie geeignet, uns die Positionen nocheinmal vor Augen zu führen.

Was bleibt, ist der Aufruf:

Leute, geht zur Volksabstimmung! Und werbt dafür!

Ganz egal, ob ihr "wild entschlossen für S21" seid, oder ob ihr den Neubau "mit allen rechtlichen und/oder politischen Mitteln verhindern" wollt, oder ob ihr zu den immer noch Unschlüssigen gehört, was denn nun richtig sei.

Allein, ob sehr viele mitmachen, ist schon Argument genug, wenn man was gegen das Gefühl tun will, "die da oben machen ja doch, was sie wollen, und uns fragt keiner ...". Wehe künftig für dieses Argument, wenn die Beteiligung schwach ausfällt.

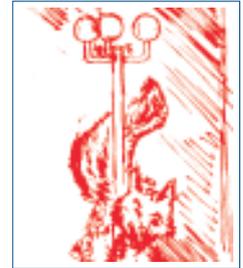
Nur nochmals zur Sachinformation: Die Bevölkerung Baden-Württembergs stimmt NICHT direkt über den Neubau oder Nicht-Neubau von Stuttgart 21 ab. "Sie haben nun am 27. November 2011 die Möglichkeit zu entscheiden, ob die Landesregierung verpflichtet werden soll, Kündigungsrechte wahrzunehmen." (Quelle: <http://www.bw-stimmt-ab.de/11-antworten.html>)

- Wer mit JA stimmt, will den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung.
- Wer mit NEIN stimmt, will keinen Ausstieg des Landes aus der Finanzierung.

Also nochmals: unbedingt abstimmen gehen, gerne auch per Briefwahl, Meinung ausdrücken, Demokratie an der Basis stärken. ■



Herzlich willkommen



Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.

Dienstag_s-Treff Öffentliche Veranstaltung

6. **Schwert**
Dezember **Ehingen**
20.00 Uhr

- 1) S 21 - jetzt ist abgestimmt
- 2) Gemeinderat/Haushaltsplan

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles: Kreistag
- siehe Hauptthema
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
3. Januar 2012
Gaststätte Schwert

SPD muss nachfordern

Klärle Dorner

Seit vielen Jahren und zuletzt vor knapp einem Jahr auf einer Veranstaltung zusammen mit der KAB forderten wir vom SPD-Ortsverein Ehingen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Jetzt scheint sich etwas zu bewegen. Immer wieder dürfen wir folgendes beobachten: Nach jahrelangem Verweigern und Ablehnen bewegt sich die CDU dann doch. (Siehe Ganztageseschulen, "Gemeinsam länger lernen", Atomausstieg, alternative Energien und jetzt Mindestlohn). Für uns ist das teilweise sehr schmerzlich, weil wir den (Wahl-)Erfolg oft nicht ernten können. Aber für die Menschen ist es durchaus richtig. Sei es die neu gewonnene Erkenntnis innerhalb der CDU, die zu solch einem Gesinnungswandel führt, oder die pure Not. Die Halbherzigkeit, mit der die Veränderungen in Angriff genommen werden, lassen eher auf letzteres schließen. Deshalb muss die SPD ihre Stimme erheben und nachfordern.

CDU will nur ein bisschen Mindestlohn

Jan Almstedt, Berlin (SPD)

Angela Merkel bereitet die nächste Kehrtwende vor. Nach jahrelanger Blockade soll der CDU-Parteitag in wenigen Wochen eine Lohnuntergrenze für alle Branchen beschließen. Ein gesetzlicher Mindestlohn wäre das aber nicht. Und nur dafür bietet SPD-Chef Sigmar Gabriel Unterstützung an: Ziel müsse sein, Menschen unabhängig von Sozialhilfe zu machen.

Die CDU will auf ihrem Parteitag einen Beschluss fassen für Lohnuntergrenzen in allen Branchen. Dabei sollen jeweils

die Tarifpartner in einer Kommission die genaue Höhe des Mindestlohns festsetzen. Orientierung soll nach Vorstellung der CDU das Tarifniveau der Zeitarbeit sein. Das heißt: Stundenlöhne von 7,79 Euro im Westen und 6,89 Euro im Osten. In der vergangenen Legislaturperiode konnte die SPD nur durch deutlichen Druck den damaligen Koalitionspartner zur Einführung der ersten Branchen-Mindestlöhne bewegen.

Opposition und Gewerkschaften begrüßten grundsätzlich die erneute Kehrtwende bei den Konservativen. Allerdings geht nach Überzeugung des SPD-Vorsitzenden der Ansatz

nicht weit genug. "CDU/CSU und die FDP sollen im Bundestag einen gesetzlichen Mindestlohn verabreden - dazu", kündigte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Sonntag in der ARD an, "sind wir sofort bereit". Ein solcher Mindestlohn müsse in der Höhe ausreichend sein, um die Beschäftigten unabhängig von ergänzender Sozialhilfe zu machen - auch im Alter. "Es muss ein eigener Rentenanspruch entstehen", so Gabriel.

Wie die Gewerkschaften auch fordert die SPD bereits seit Jahren eine rechtlich verbindliche Lösung für alle Branchen - mit einem Niveau von mindestens 8,50 Euro." ■